

Exzerpt Piketty – Kapital und Ideologie

Das Buch

Kapital und Ideologie, Verlag C.H.Beck, München 2020 – Originalausgabe: Capital et Ideologie, Edition du Seuil 2019. Alle Daten und Grafiken sowie ergänzende Informationen und Grafiken findet man auf: <http://piketty.pse.ens.fr/en>.

Der Autor

Thomas Piketty, geboren am 7. Mai 1971 in Clichy bei Paris, ist ein französischer Ökonom. Er ist Professor an der Pariser Elitehochschule École des Hautes Études en Sciences Sociales. Er forscht insbesondere zu den Themen Einkommen- und Vermögensverteilung und soziale Ungleichheit. Er versteht die Wirtschaftswissenschaft als Sozialwissenschaft, der es darum gehen sollte, mit realen Daten reale Probleme zu erörtern oder gar zu lösen.

Vorbemerkung

Es ist naturgemäß eine echte Herausforderung, ein Exzerpt von einem Buch mit über 1300 Seiten zu erstellen. Dazu kommt, dass Piketty die gleichen Gedanken in verschiedenen Teilen des Buches immer wieder aufgriffen und an anderer Stelle fortgesetzt hat. Ich werde im Folgenden deshalb zwar grob der Gliederung des Buches in vier Teile folgen, aber die wesentlichen Gedankengänge jeweils an einer Stelle bündeln. Deshalb folgt das Exzerpt nur sehr eingeschränkt der Gliederung des Buches.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Erster Teil: Ungleichheitsregime in der Geschichte	3
Zweiter Teil: Die Skavenhalter- und Kolonialgesellschaften	5
Dritter Teil: Die große Transformation im 20. Jahrhundert	7
<i>Die sozialdemokratischen Gesellschaften</i>	7
<i>Hohe Steuern fördern das Wachstum</i>	9
<i>Das Bildungssystem als neue Klassenschranke</i>	9
<i>Der Hyperkapitalismus</i>	10
<i>Kommunistische und postkommunistische Gesellschaften</i>	12
Vierter Teil: Neues Nachdenken über die Dimensionen des politischen Konflikts	13
<i>Die linken Parteien werden zu Akademikerparteien</i>	13
<i>Die vier ideologischen Viertel der Wähler in Frankreich</i>	15
<i>Abstimmungsverhalten zum Brexit</i>	16
<i>Mittel-Ost-Europa</i>	16

<i>Entwicklung der Wahlergebnisse in anderen Staaten</i>	18
<i>Die wachsende Klassenspaltung in Indien und Brasilien</i>	18
Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert	19
<i>Grundgedanken</i>	19
<i>Globalisierung und Einwanderung</i>	19
<i>Das Versagen der Linken</i>	20
<i>Ablehnung des Begriffs „Populismus“</i>	20
<i>Was ist eine gerechte Gesellschaft?</i>	21
<i>Demokratische Wirtschaftsordnung</i>	21
<i>Steurgerechtigkeit in die Verfassung aufnehmen</i>	21
<i>Die Macht in Unternehmen aufteilen</i>	22
<i>Stark progressives Steuersystem</i>	22
<i>Einkommenssteuer</i>	23
<i>Einkommenssteuer - Erbschaft für alle</i>	24
<i>Erbschaftssteuer</i>	24
<i>Einkommenssteuer</i>	24
<i>Grundeinkommen</i>	25
<i>CO2-Steuern</i>	26
<i>Körperschaftssteuer</i>	26
<i>Maßnahmen gegen Steuerflucht</i>	26
<i>Sozialföderalismus als Antwort</i>	26
<i>Herstellung von Bildungsgerechtigkeit</i>	27
<i>Finanzierung des politischen Lebens</i>	28
<i>Internationale Ordnung</i>	28
Weitere wichtige bzw. interessante Folien	29
<i>Vermögensbewertung im Verhältnis zum Nationaleinkommen</i>	29
<i>Progressive Besteuerung in den USA</i>	29
<i>Anteil der Einkommen der 10% Reichsten und der 50% Ärmsten im Vergleich</i>	30
<i>Der Anteil der Steuerquote (mit Sozialversicherungsbeiträgen) im Vergleich</i>	30
<i>Auswirkung des Freihandels auf die Einkommen der reichen und armen Staaten</i>	31
<i>Überall werden die linken Parteien zu Akademikerparteien</i>	31

Inhalt

Das Buch analysiert die Geschichte der Ungleichheit in der Neuzeit (etwa seit 1500), von den Feudalgesellschaften (er nennt sie „Dreigliedrige Gesellschaften“, deren Kolonien, insbesondere den Sklavenhaltergesellschaften in Amerika, der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jhd. (er nennt sie Eigentümergeellschaft), den Sozialstaaten, die nach der Wirtschaftskrise 1929 und in Folge der beiden Weltkriege entstehen (er nennt sie „Sozialdemokratische Gesellschaften“), den kommunistischen Gesellschaften und schließlich in den „hyperkapitalistischen Gesellschaften“ des 21. Jahrhunderts. Schwerpunkt bilden dabei Frankreich, USA, Großbritannien, Schweden, die Karibik, Brasilien, Indien, die Sowjetunion und China, teilweise auch Deutschland und andere europäische Staaten sowie Südafrika, Japan u.a.

Dabei konstatiert er die Verwandlung fast aller „linken“ Parteien (Demokraten, Sozialdemokratien, Grüne, Sozialisten usw. von ehemaligen Arbeiterparteien zu Akademikerparteien) und formuliert am Schluss Vorschläge für ein neues sozialdemokratisches Programm im 21. Jhd.

Einleitung

Jede menschliche Gesellschaft hat eine **Ideologie**, um die Regeln, die die Ungleichheit bewirken, zu rechtfertigen. Heute geschieht dies durch „proprietaristische“ und „meritokratische“ Erzählungen, die den Unternehmergeist beschwören. Diese Erzählungen sind falsch. Es war der Kampf um Gleichheit und Bildung, der die Fortschritte der Menschheit hervorgebracht hat, nicht die Ungleichheit.

Jede Ungleichheitsideologie beruht auf einer **Theorie der Grenze** (wer gehört dazu, wer nicht (Ausländer, Minderheiten, Einwanderer, Frauen) und eine **Theorie des Eigentums**: Was darf man besitzen (andere Menschen - Sklaven, Bildung-Wissen-Patente, Anbauflächen, Immobilien, Unternehmen, Ressourcen, Vermögenswerte, Staatsschulden)?

Der Höhepunkt der Ungleichheit in der Weltgeschichte wurde vor dem ersten Weltkrieg erreicht, als die Kolonialreiche der Europäer und Japans, die von europäischen Eliten beherrschten Ex-Kolonien wie Südafrika, Südamerika und die von diesen abhängigen Staaten wie China 90% der Welt ausmachten. Danach sank durch Weltkriege, Krisen und extrem hohe Steuern die Ungleichheit. Seit 1980 nimmt jedoch die Ungleichheit in der Welt wieder rapide zu, vergleichsweise weniger in Europa, dafür am schnellsten in den USA, Russland und Indien.

Weltweit betrachtet, hat zwar das Einkommen der Unterschichten in den armen Ländern wie Indien und China von 1980 bis 2018 zugenommen, das der Armen in den reichen Ländern aber relativ abgenommen. Hauptgewinner waren überall die reichsten 1%, denen weltweit 27% der Vermögenszuwächse zufielen, während die ärmsten 50% nur 13% bekommen haben. Pro Kopf ist das also ein Verhältnis von 100 zu 1.

Diese Entwicklung hängt mit der Verwandlung der sozialdemokratischen Parteien in Akademikerparteien zusammen. Die Eigentumsfrage muss nun völlig neu gestellt werden, auch angesichts der Erfahrungen des Kommunismus. Der Umsturz der bestehenden Ordnung ist sinnlos, wenn es keine Vorstellung davon gibt, wie die neue Ordnung aussehen soll. Deshalb versucht Piketty eine Erzählung für einen **neuen partizipativen Sozialismus des 21. Jahrhunderts** zu formulieren.

Erster Teil: Ungleichheitsregime in der Geschichte

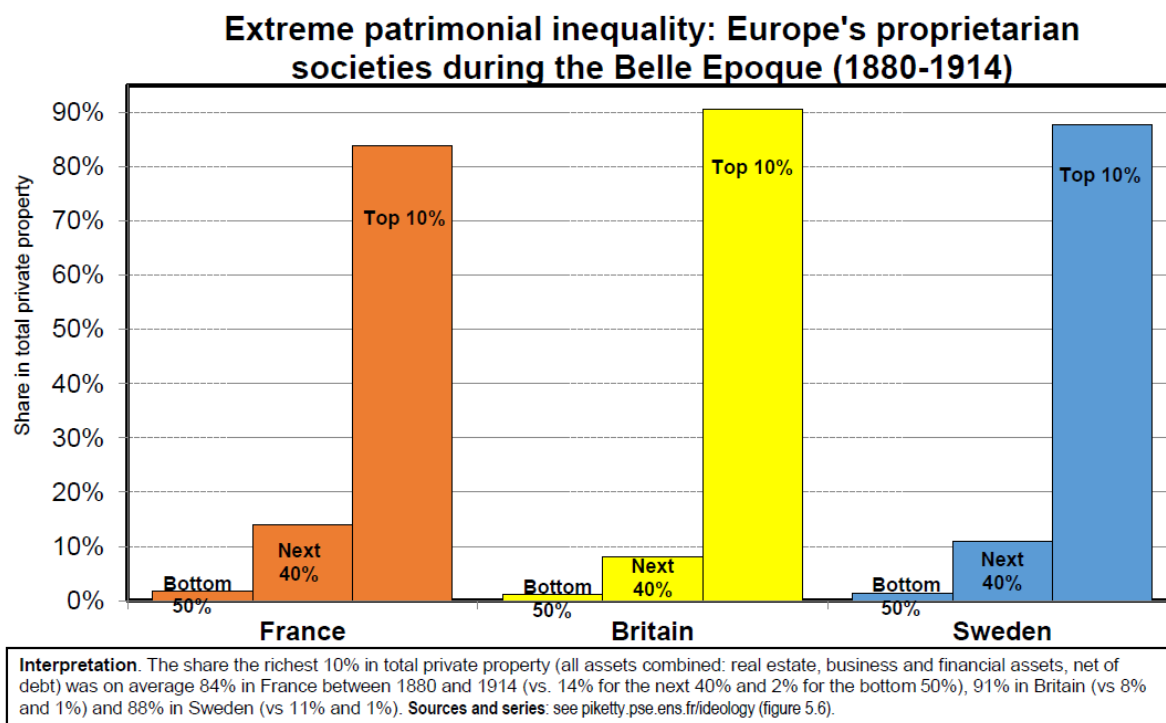
Um das Jahr 1000 war die **Sklaverei** noch überall präsent. In Europa verschwand sie etwa bis 1350 – wobei die Arbeitsknappheit durch die Pest nur ein Faktor war.

In der Folge entstanden die **dreigliedrigen Gesellschaften**. Sie bestanden aus 1 bis 5 Prozent Klerus (die Intellektuellen), ebenso vielen Adeligen (Ritter, Krieger, zugleich Grundbesitzer und Richter) und aus ca. 90% bis 98% arbeitende Bevölkerung. Diese wurde als einheitliche Klasse gesehen, die sich aber in zahlreiche Untergruppen teilte und schichtete (überwiegend Bauern, Handwerker, Kaufleute usw.). Diese Gesellschaftsform findet sich in allen Erdteilen von China, Japan, Indien, den islamischen Staaten, Afrika bis nach Europa. Mit der Ausdifferenzierung der staatlichen und der intellektuellen Funktionen in Beamte, Polizei, Anwälte, Ärzte, Wissenschaftler usw. sowie mit dem Aufstieg der Kaufleute verlor die dreigliedrige Gesellschaft ihre Legitimität.

Die Kirchen besaßen einen Anteil des Eigentums zwischen 25% und 35%. Sie finanzierten damit nicht unwesentlich die Bildung, das Gesundheitswesen und andere soziale Dienste, während der Adel für die Ordnung und Gerichtsbarkeit zuständig war.

Der Übergang zur **Eigentümergeinschaft** bedeutete: Adel und Klerus verlieren ihre Privilegien. Die neue Ideologie basiert auf privatem Eigentum und dem staatlichen Gewaltmonopol. Die staatlichen Funktionen des Adels wie Richter, Steuereintreiber usw. wurden nun durch Beamte ausgeübt.

Obwohl die Französische Revolution die Gleichheit propagierte, blieb das Eigentum weitgehend unangetastet (bis auf das Kirchengut). Die Masse der Bauern blieb Pächter. Es gab Vorschläge für progressive Einkommens- und Vermögenssteuern – aber schließlich wurden nur proportionale Steuern eingeführt. Im Ergebnis wuchs der Anteil der reichsten 10% am Vermögen von 1800 bis 1910 von 80% auf 85% und der Anteil des reichsten 1% von 43% auf 54%. In Schweden und GB besaßen die reichsten 10% vor dem ersten Weltkrieg sogar etwa 90% des Vermögens.



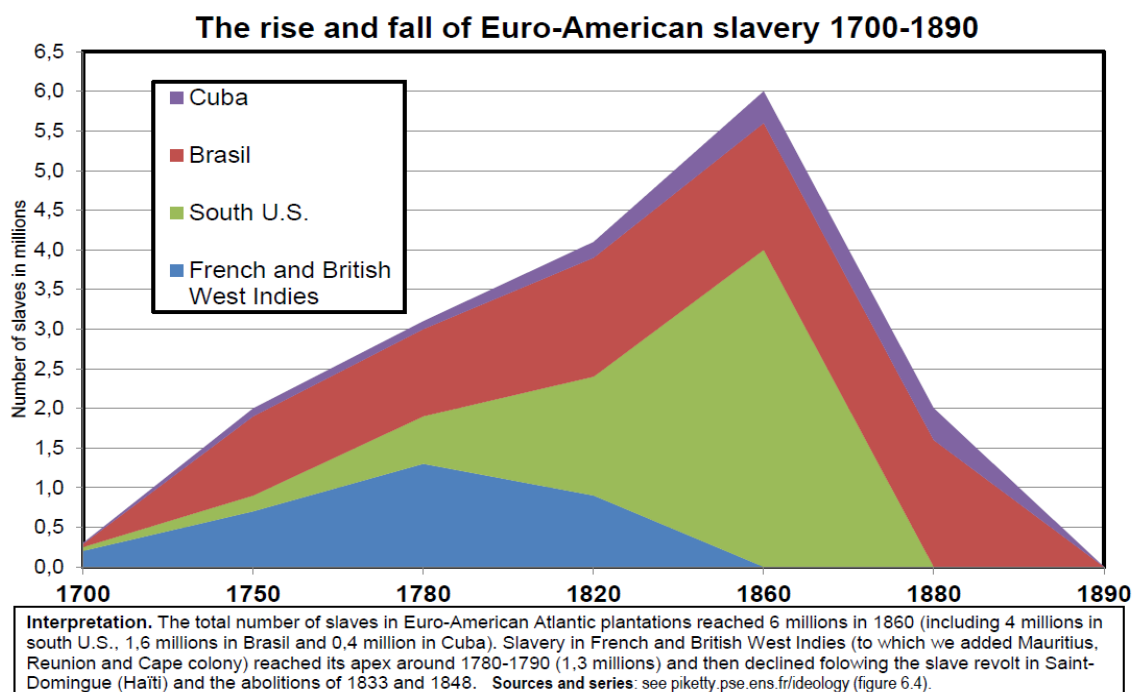
Das ist erstaunlich, denn die Form des Eigentums hatte sich völlig verändert. Dominierte um 1800 noch der Grundbesitz, so dominierte nach der Industrialisierung der Besitz von Fabriken, Banken und Handelshäusern. Das Vermögen der Reichsten bestand sogar zu einem erheblichen Teil aus Anlagen im Ausland (Russland, Suez-Kanal usw.).

In Großbritannien begann der Übergang zur Eigentümergeinschaft bereits im 16. Jahrhundert. Aber noch 1860 saßen im Parlament aufgrund des Zensuswahlrechts 75% Adlige. 7000 Adelsfamilien besaßen 80% des Bodens. Auch in allen anderen Eigentümergeinschaften des 19. Jahrhunderts gab es unterschiedliche Formen des Zensuswahlrechts.

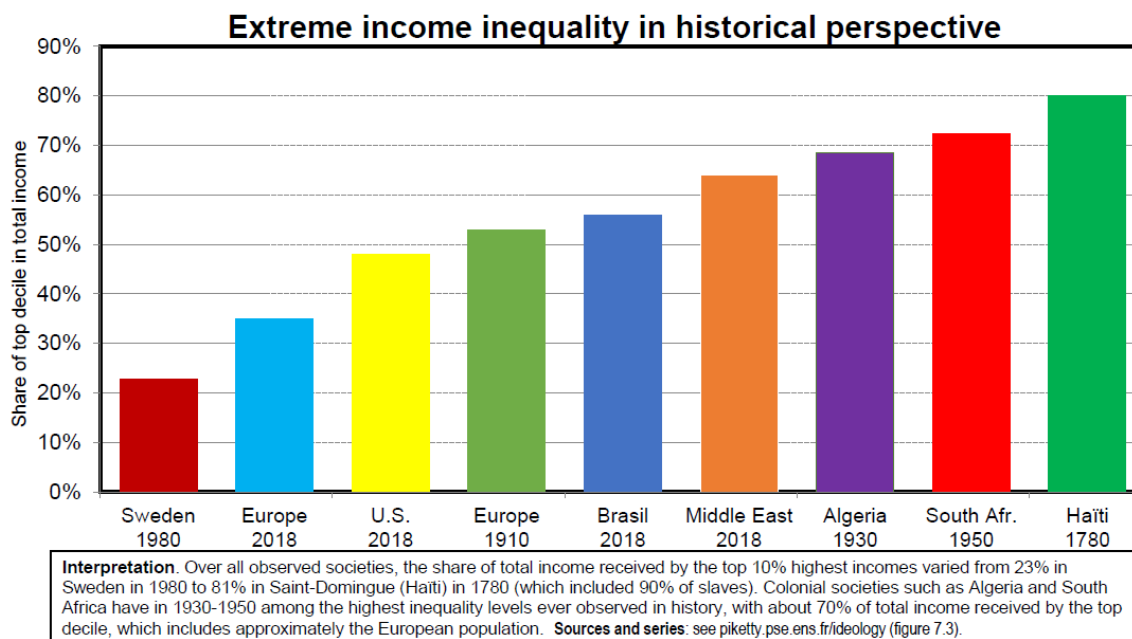
Zwei Drittel der Steuereinnahmen erbrachte im 19. Jhd. die Grundsteuer. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Frankreich 1871 dauerte es noch 30 Jahre, bis die erste progressive Steuer für Erbschaften beschlossen wurde (Spitzensatz 2,5%). Die Einführung der progressiven Steuer auf Einkommen erfolgte erst 1914 (nach Dänemark 1870, Japan 1887, Preußen 1891, Schweden 1903, GB 1909 und USA 1913). Schweden war sogar eines der unegalitärsten Staaten. Das endet erst mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1920 und der Machtübernahme der schwedischen Arbeiterpartei SAP, die Schweden zum sozialdemokratischen Vorzeigeland machte.

Zweiter Teil: Die Skavenhalter- und Kolonialgesellschaften

Die Industrialisierung Europas beruhte zum erheblichen Teil auf der Sklavenarbeit zunächst in der Karibik, später auch in den USA und Brasilien. Die billige Produktion von Baumwolle war entscheidend dafür, dass die englische und französische Textilindustrie die Weltmärkte mit billigen Textilien erobern konnte. In England und Frankreich wurden die Sklavenbesitzer



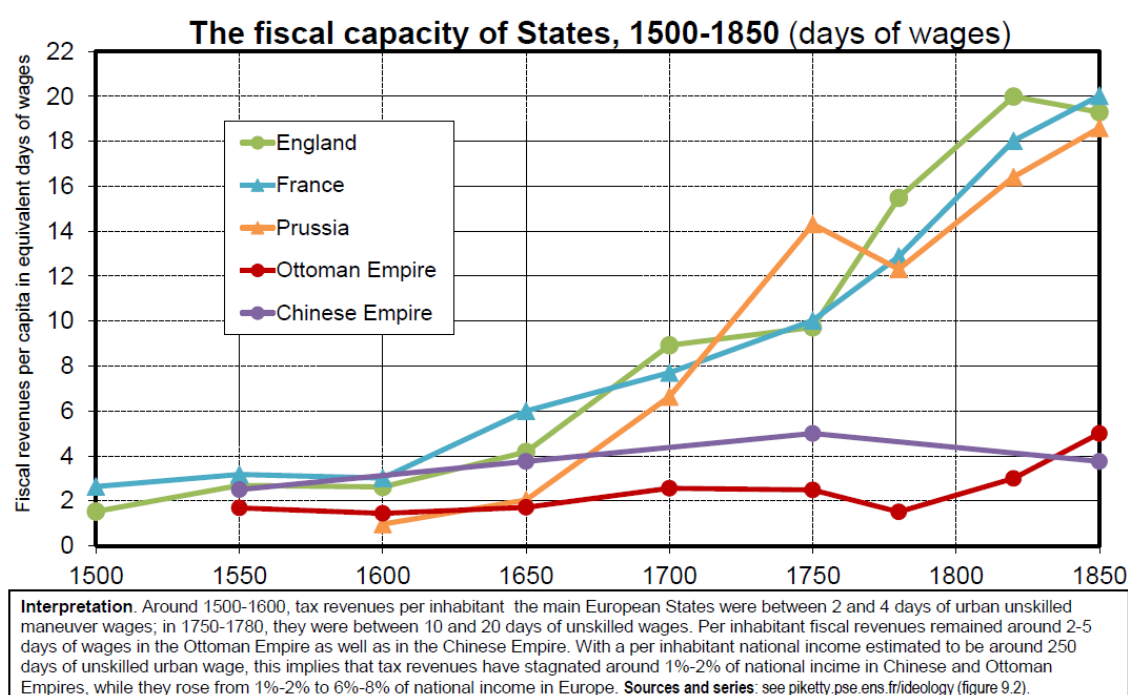
bei der Abschaffung der Sklaverei fast vollständig entschädigt. In der Folge zahlte der britische Staat bis zum ersten Weltkrieg einen erheblichen Teil des Staatshaushalts als Entschädigung an die ehemaligen Sklavenbesitzer. In den USA war dies ökonomisch nicht möglich und nach dem Bürgerkrieg auch nicht mehr politisch durchsetzbar.



Der extremste Fall der Ungleichheit war Haiti. Hier waren 90% der Bevölkerung Sklaven. Erst 21 Jahre nach der Erklärung dem Befreiungskampf und der Unabhängigkeit (1804) erkannte

Frankreich die Unabhängigkeit schließlich an (1825) gegen eine Entschädigungssumme, die so hoch war, dass Haiti von 1825 bis 1950 jährlich 10% bis 15% seines Nationaleinkommens an Frankreich überweisen musste, ein wesentlicher Grund dafür, dass Haiti heute eines der ärmsten Länder der Welt ist.

Die Kolonien Frankreichs und Großbritanniens gehörten zu den ungleichsten Gesellschaften der Weltgeschichte. Auch heute sind viele Kolonien immer noch von extremer Ungleichheit geprägt. Indien hat nach der Unabhängigkeit die Ungleichheit nicht nur mit Steuern, sondern auch mit positiver Diskriminierung der unteren Schichten (Reservierung von Sitzen im Parlament und von Plätzen an Universitäten und im öffentlichen Dienst) bekämpft und war damit erfolgreicher, als viele Staaten in Afrika. Noch erfolgreicher war jedoch China, wo es der kommunistischen Regierung gelang, viel mehr Steuergelder für Bildung, Gesundheits- und Sozialausgaben zu erheben.



Den wesentlichen Grund für die Überlegenheit der europäischen Staaten sieht Piketty darin, dass es in Europa den Herrschenden gelang, Zentralstaaten aufzubauen, die viel höhere Steuern erheben konnten. In vormodernen Staaten nahm der Staat nur 1 bis 2% des Nationaleinkommens ein – überwiegend für das Militär. Denn Europa befand sich über 90% der Zeit im Kriegszustand. Bis 1850 gelang es den wichtigsten europäischen Staaten (GB, Frankreich, Preußen, Österreich-Ungarn), die Steuereinnahmen auf 8-10% des Nationaleinkommens zu steigern und damit ihre Armeen und Flotten nicht nur auf das Dreifache zu vergrößern, sondern auch immer moderner und besser auszurüsten.

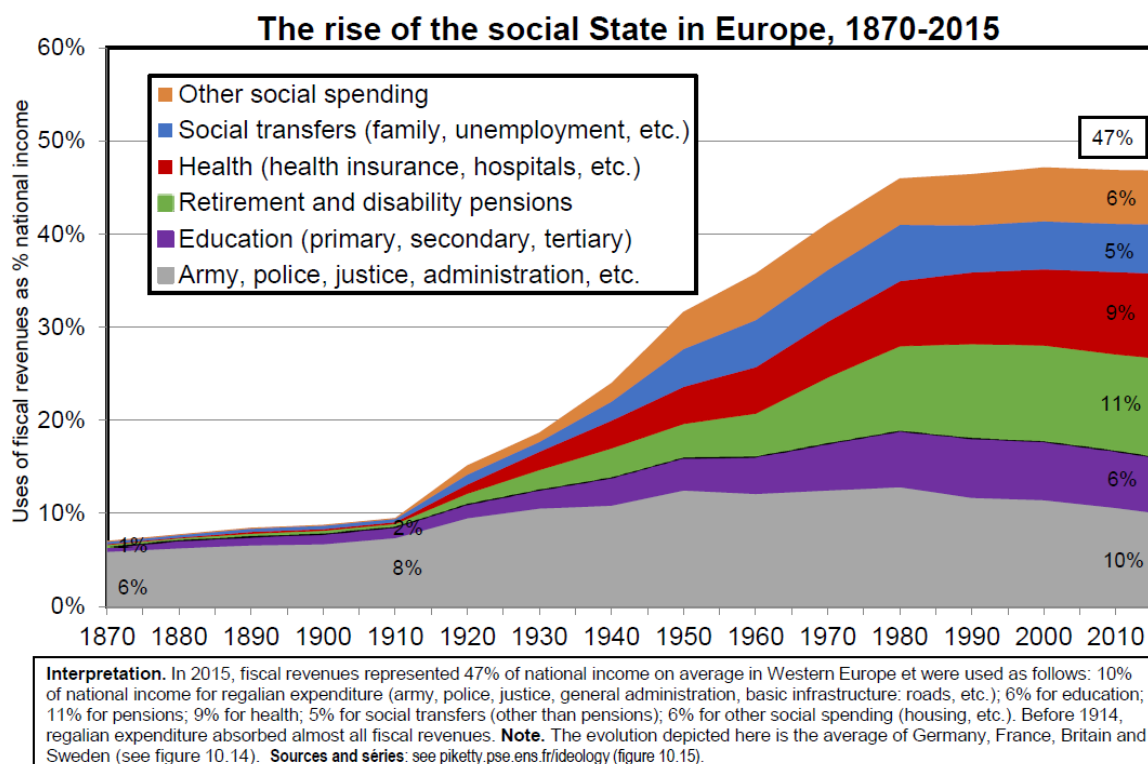
Fazit Von Teil 1 und 2: „Als ihre Gemeinsamkeit zeigen alle diese historischen Erfahrungen deutlich auf, dass die soziale Ungleichheit stets rein gar nichts «Natürliches» an sich hat. Sie ist immer zutiefst ideologisch und politisch bedingt.“

Dritter Teil: Die große Transformation im 20. Jahrhundert

1914 standen die europäischen Mächte – „untrennbar proprietaristisch und kolonialistisch“ – auf dem Höhepunkt ihrer Macht. In den kommenden 30 Jahren änderte sich die Struktur der weltweiten Ungleichheit wie nie zuvor. In den kommunistischen Gesellschaften verschwand das Privateigentum, die Kolonien wurden unabhängig, die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften verwandelten sich in „sozialdemokratische Gesellschaften“. Zur Schwächung des Privateigentums trugen bei: Enteignungen von ausländischem Besitz, Verstaatlichungen, Kontrolle von Mieten und Immobilienpreisen, Inflation zur Beseitigung der Kriegsanleihen, hohe Besteuerung von Einkommen und Vermögen und Annullierung von Vermögen.

Die sozialdemokratischen Gesellschaften

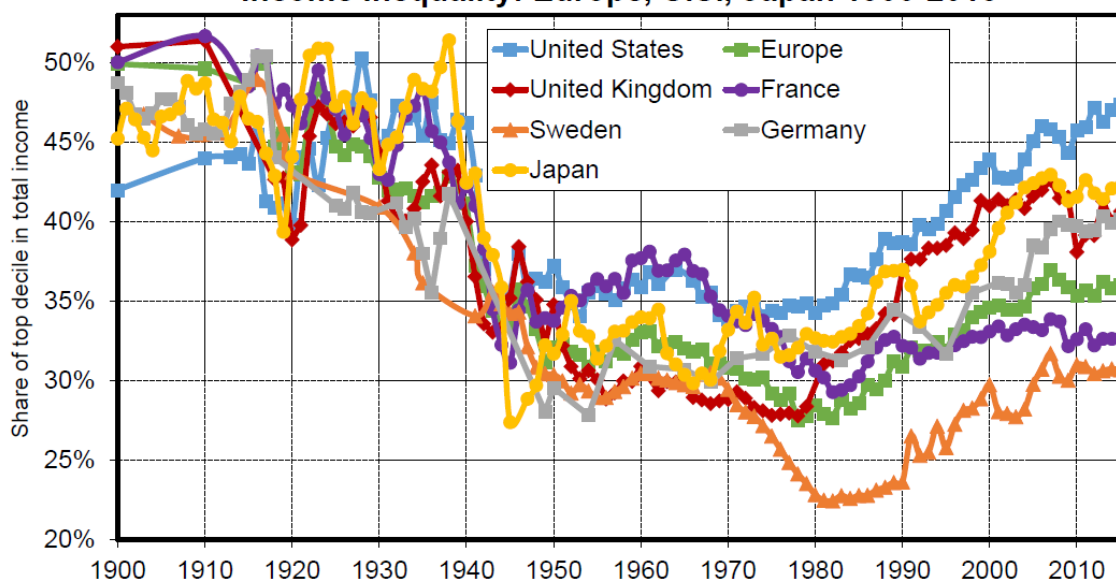
Kennzeichen einer „**sozialdemokratischen Gesellschaft**“ ist die Steigerung der Staatsquote von 8% auf ca. 45% des Nationaleinkommens (in den USA „nur“ 35%). Der Anteil der Sozialausgaben stieg dabei von 2% auf 35% (70% bis 80% der Staatsausgaben) und ermöglichte die Finanzierung eines staatlichen Bildungssystems, eines Rentensystems, Sozialhilfesystems, einer Arbeitslosenversicherung und eines öffentlichen Gesundheitswesens (was in den USA nicht für alle gilt).



Von 1914 bis 1980 sank die Ungleichheit der Einkommen in allen entwickelten Staaten. Dabei entstand die „Mittelschicht“ (40% - das 6. bis 9. Dezil), die auf ihrem „Höhepunkt“ in den 1970-er Jahren in den meisten Staaten ca. 45% (in den USA 35%) des Vermögens besaß – vor allem Immobilien.

Entscheidend für diese Entwicklung waren auch die hohen Steuersätze. Von 1932 bis 1980 lag der Spitzensteuersatz für Einkommen in den USA im Mittel bei 81% und für Erbschaften

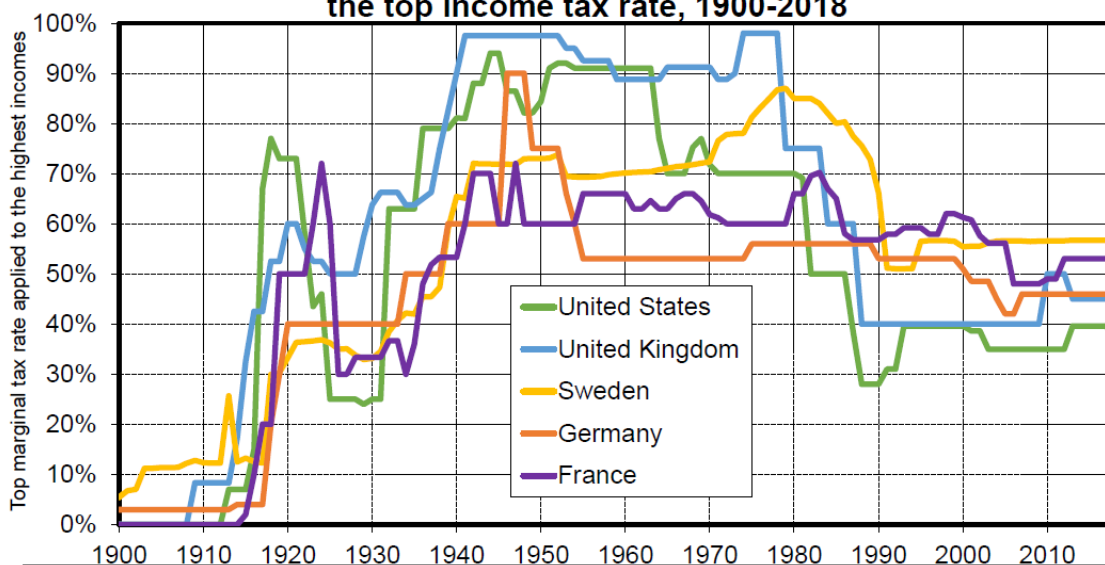
Income Inequality: Europe, U.S., Japan 1900-2015



Interpretation. The share of the top decile (the top 10% highest incomes) in total national income was on average about 50% in Western Europe in 1900-1910, before dropping to about 30% in 1950-1980 (or even below 25% in Sweden), and rising again above 35% by 2010-2015 (or even above 40% in Britain). In 2015, Britain and Germany appear to be above European average, while France and Sweden are below average. Japan is in a situation that is intermediate between Europe and the U.S. **Sources and series:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (figure S10.2).

bei 75%, in Großbritannien bei 89% bzw. 72%. Solche Steuersätze wurden damals als integraler Bestandteil einer gerechten Weltordnung betrachtet. Auslöser dieser Steuersätze waren einmal die Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise und die Konkurrenz der kommunistischen Staaten.

The invention of progressive taxation: the top income tax rate, 1900-2018



Interpretation. The marginal income tax rate applied to the highest incomes was on average 23% in the U.S. from 1900 to 1932, 81% from 1932 to 1980 and 39% from 1980 to 2018. Over these same periods, the top rate was equal to 30%, 89% and 46% in Britain, 22%, 69% and 62% in Sweden, 18%, 58% and 50% in Germany, and 23%, 60% and 57% in France. Progressive taxation peaked in mid-century, especially in the U.S. and in Britain. **Sources and series:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (figure S10.11a).

Nach dem 2. Weltkrieg waren progressive Steuern auf große Vermögen auch ein wichtiger Faktor des Wirtschaftsaufschwungs in den am meisten zerstörten Ländern Japan, Korea, Deutschland, Frankreich und Italien. Sehr erfolgreich waren auch die Landreformen in Japan und Korea. Auch die späteren Landreformen in Bengalen, Kerala und anderen Bundesstaaten

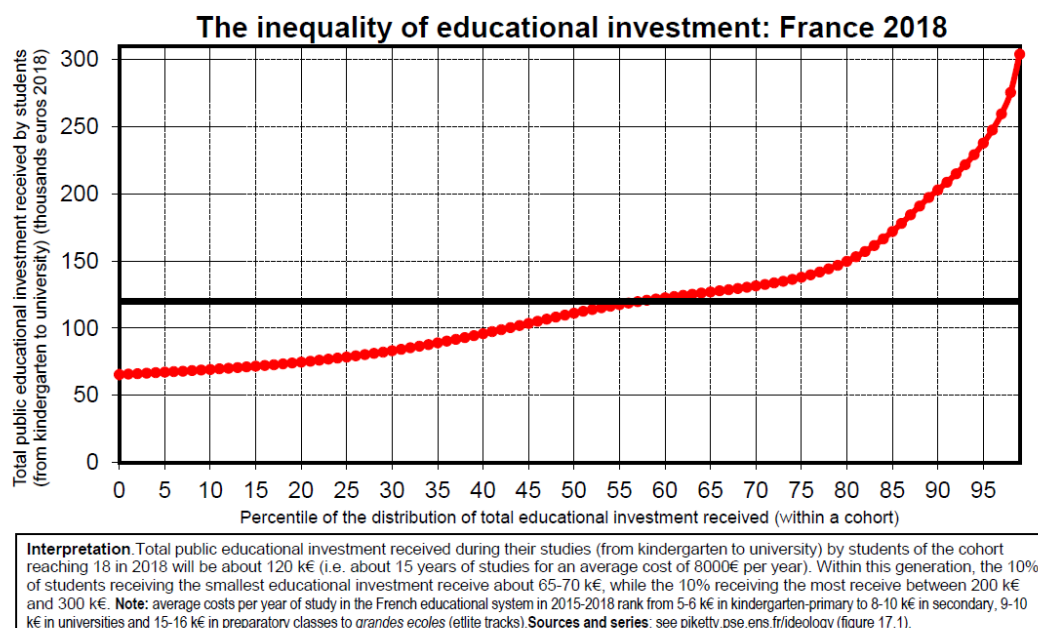
Indiens waren erfolgreich. Diese Maßnahmen waren wichtig, da so die Staaten entschuldet wurden. So konnten sie in den Wiederaufbau investieren und die Kaufkraft wurde gestärkt.

Hohe Steuern fördern das Wachstum

Die Historie macht auch deutlich, dass das wirtschaftliche Wachstum nicht von niedrigen Steuern abhängt, eher im Gegenteil. Die Zeiten mit den höchsten Steuern in Europa und den USA – also die Zeit von 1950 bis 1990 – waren zugleich die Jahre mit dem größten Wachstum. Die Ursache liegt darin begründet, dass das Einkommen der unteren Schichten in den Konsum fließt, so die Nachfrage vergrößert – und damit auch die Wirtschaft und die Investitionen stärkt. Dagegen steigert das Wachstum des Vermögens der Reichen oft nur den Wert der Kapitalanlagen, ohne dass es automatisch zu Investitionen kommt.

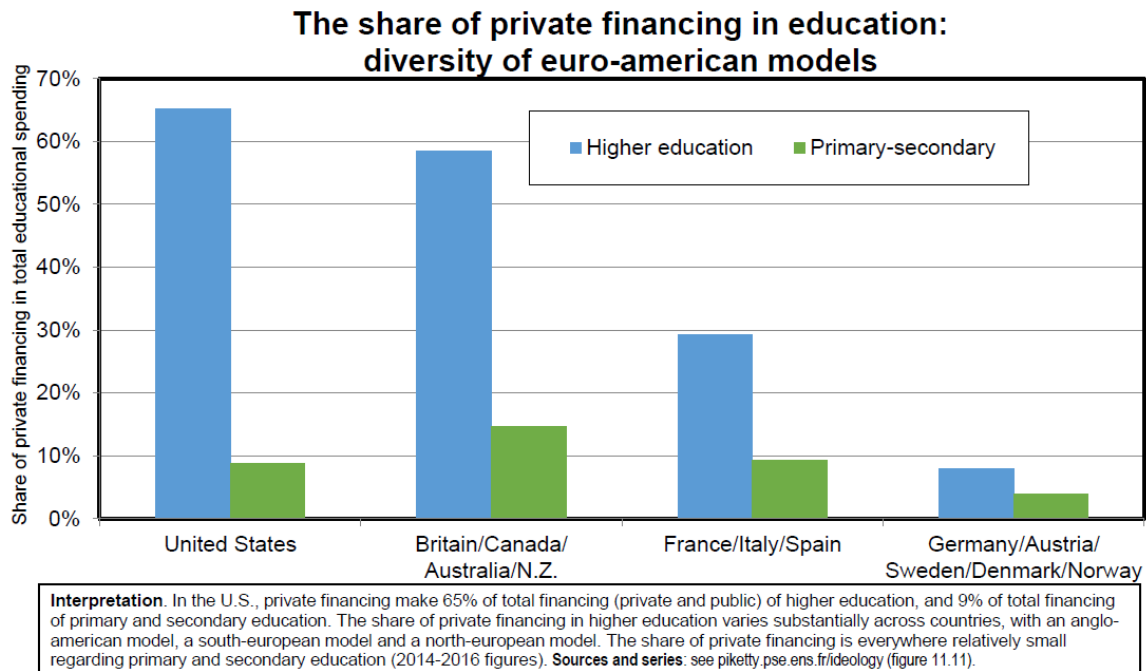
Das Bildungssystem als neue Klassenschranke

Der Aufstieg der USA zur führenden Wirtschaftsmacht im 20. Jahrhundert basierte auf der höheren Produktivität. Diese beruhte nicht unwesentlich schon im 19. Jhd. bis in die 70-er Jahre des 20. Jahrhunderts auf der besseren und weitgehend einheitlichen Schulbildung. Seitdem haben Deutschland, Frankreich und andere aufgeholt und die USA und UK fallen zurück. In den meisten Staaten ist die Primar- und Sekundarbildung kostenlos, für alle offen



und relativ einheitlich (in Deutschland nicht ganz, da in vielen Bundesländern noch ein dreigliedriges Schulsystem existiert).

Eine entscheidende Veränderung erfolgte jedoch durch die „Tertiarisierung“ in Folge der Bildungsrevolution in den 60-er und 70-er Jahren. Bis dahin war die Hochschulausbildung weitgehend ein Privileg der Oberschicht. Nur wenige Hochbegabte schafften darüber den sozialen Aufstieg. Nun stieg der Anteil der Studenten von unter 10% auf heute 40% bis 50% eines Jahrgangs. Damit entstand eine breite Mittelschicht von Bildungsaufsteigern aus Arbeiterfamilien. Diese Schicht begann die linken Parteien zu dominieren und sie zu Akademikerparteien zu machen (siehe dazu Teil 4). Für diesen Teil der Jugend werden nun erheblich mehr Mittel durch den Staat aufgewendet als für die restliche Mehrheit. Auch innerhalb der Hochschulen ist die Qualität der Ausbildung und der Mitteleinsatz sehr unterschiedlich. Dies gilt



besonders für die USA und Großbritannien. Dort spielt die private Finanzierung des Studiums immer noch eine entscheidende Rolle. Auch gibt es nur wenige Eliteuniversitäten, die mit den kontinentaleuropäischen Hochschulen konkurrenzfähig sind. Die Abschlüsse an anderen Hochschulen gelten als zweitklassig. Auch Frankreich hat ein elitäres – aber überwiegend staatlich finanziertes – Bildungssystem, wo die Elitehochschulen ein Vielfaches des Geldes pro Student bekommen wie die übrigen.

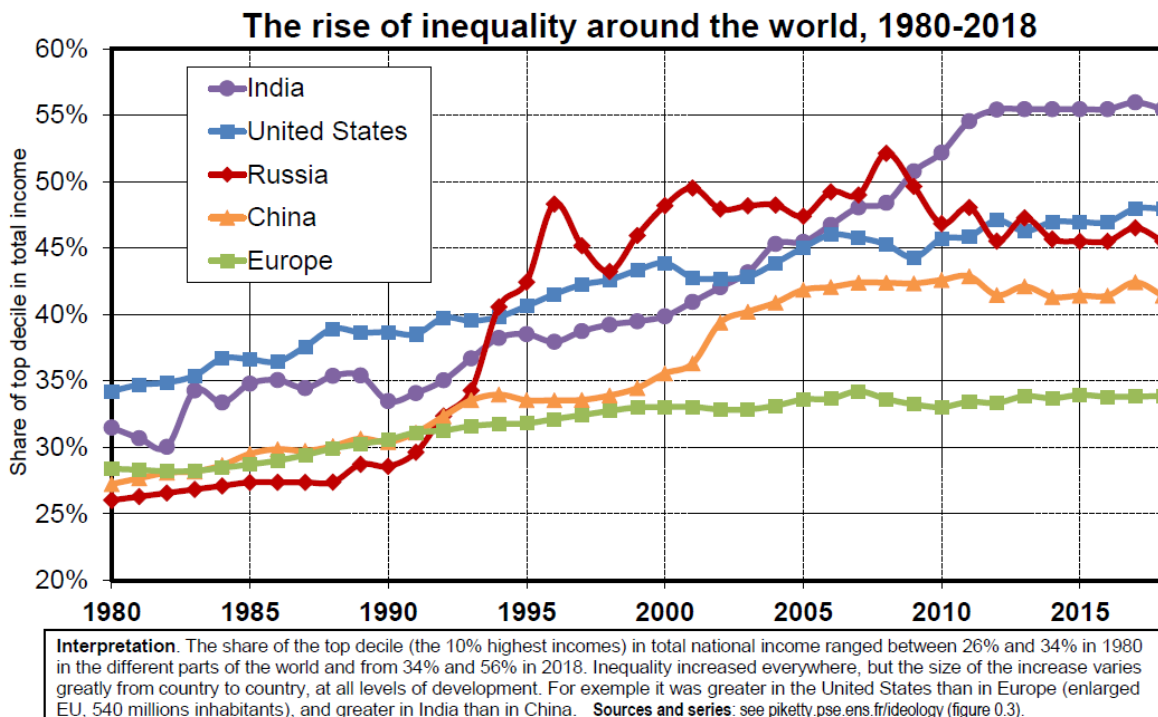
Insgesamt kann man feststellen, dass das Bildungssystem immer noch sehr ungerecht finanziert und organisiert wird und damit zur Ungleichheit erheblich beiträgt. Für die am besten Ausgebildeten wird drei- bis viermal soviel ausgegeben wie für diejenigen, die keine Hochschule besuchen. Leitende Positionen werden nur noch durch Hochschulabsolventen besetzt. Dadurch wird das Bildungssystem zu einer neuen Klassenschranke. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass die Durchlässigkeit des Bildungssystems in den letzten Jahren wieder stark abgenommen hat.

Anmerkung des Autors KMH: Es ist aufgrund dieser Analyse denkbar, dass der große ökonomische Erfolg Deutschlands und Nordeuropas auch mit der relativ wenig elitären Hochschul-landschaft zusammenhängt. Anders als in Frankreich und den angelsächsischen Staaten gibt es kaum eine Hierarchie der Hochschulabschlüsse (wohl aber die Spaltung der Gesellschaft in 40% Akademiker und 60% Nichtakademiker).

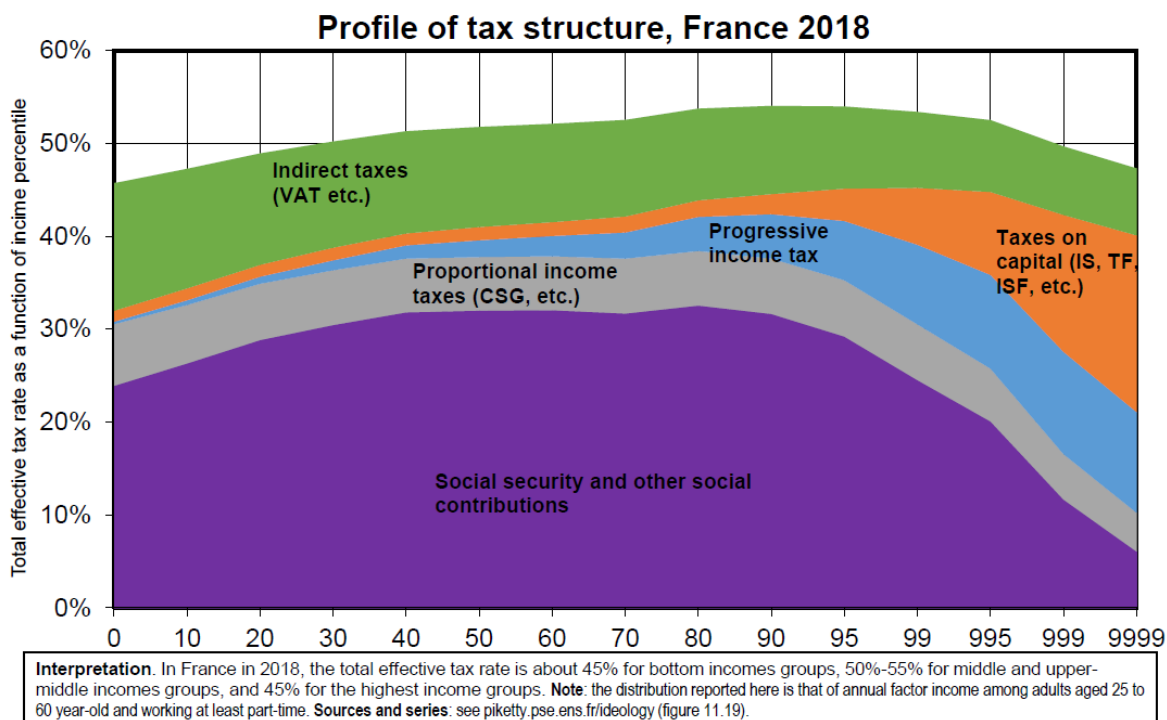
Der Hyperkapitalismus

Seit 1980 steigt die Ungleichheit weltweit wieder an – zunächst bei den Einkommen, dann auch bei den Vermögen. Mit Beginn des neuen Jahrtausends konstatiert Piketty den Übergang von den sozialdemokratischen Gesellschaften zum Hyperkapitalismus. Allerdings verlief diese Entwicklung unterschiedlich schnell. In den USA ist die Ungleichheit heute auf dem höchsten Niveau der Geschichte. Deutschland ist dabei, GB zu überholen, auch in Schweden stieg die Ungleichheit, allerdings auf viel niedrigerem Niveau. Der entscheidende Hebel für diese Entwicklung war das Senken der progressiven Steuern in allen Industriestaaten.

Besonders auffällig ist diese Entwicklung in den USA. Heute ist die USA ungleicher als je zuvor in ihrer Geschichte.



Wichtig für diese Entwicklung war die **Verwandlung der sozialdemokratischen Parteien in Akademikerparteien** (zu denen Piketty auch die Demokraten in den USA zählt), die aufhörten, für Umverteilung des Reichtums zu kämpfen (Mehr dazu in Teil 4). Ein Grund dafür war auch ihre Unfähigkeit, internationale solidarische Konzepte zum Beispiel in der EU zu verfolgen oder gar durchzusetzen. Sie hatten keine Antwort auf die Globalisierung. So verzichteten sie auf eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik in der EU. Daher hat sich bei den Unter-



schichten die Meinung verbreitet, dass die Globalisierung (bzw. die EU) nur für die Reichen und die großen Unternehmen von Vorteil ist. Ergebnis dieser Politik war, dass in fast allen Staaten heute die Reichen weniger Steuern und Abgaben zahlen als die Armen. Hauptverursacher dafür sind die Verbrauchssteuern und die Sozialabgaben (bzw. Sozialsteuern).

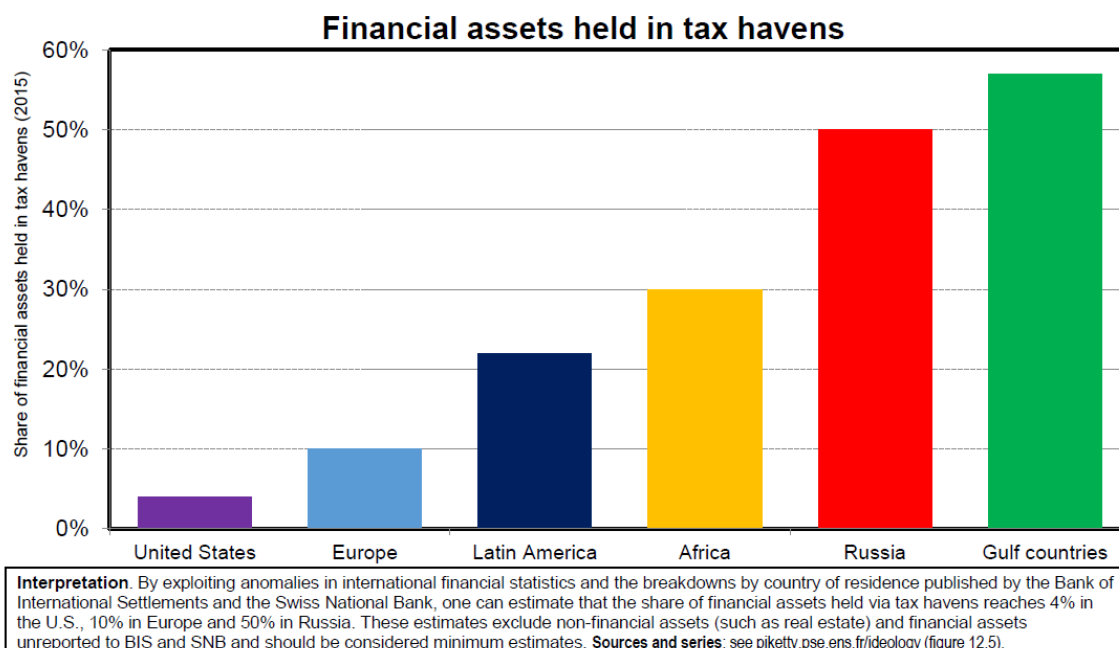
Kommunistische und postkommunistische Gesellschaften

Ein weiterer Grund für die Kehrtwende hin zu wieder wachsender Ungleichheit war das Scheitern der kommunistischen Staaten. Bis in die 60-er Jahre erschienen sie durch geringe Ungleichheit, Antikolonialismus, mehr Gleichberechtigung der Frauen usw. noch moralisch überlegen. Mit dem Sinken des Lebensstandards (bis hin zur sinkenden Lebenserwartung von Männern in Russland), der Sozialdemokratisierung der kapitalistischen Länder und der immer stärkeren Repression verlor das Sowjetregime diese positive Rolle.

Interessanterweise war das Niveau der Ungleichheit in **Russland** während der Sowjetzeit etwa vergleichbar mit dem in Skandinavien. Da die skandinavischen Staaten zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard gehörten und weiter gehören, muss die Ursache des Scheiterns des Kommunismus daher auf andere Ursachen zurückgeführt werden. Diese Ursache sieht Piketty in der dogmatischen Ablehnung jeder Form von Privateigentum und in der starken Zentralisierung.

Nach der Perestroika wurde Russland innerhalb von 10 Jahren von einem der Länder mit der geringsten Ungleichheit zu einem Land mit der höchsten Ungleichheit – höher sogar als in den USA.

Eine wichtige Rolle für die politische und ökonomische Entwicklung im 21. Jahrhundert spielte die Durchsetzung des Freihandels ohne eine soziale und steuerpolitische Begleitung in den internationalen Abkommen. Dies ermöglichte insbesondere die massive **Steuerflucht** der Reichen. Hauptbetroffene sind weniger die reichen, sondern vielmehr die ärmeren Staaten, sowie die Ölstaaten im Nahen Osten. Auch Russland nimmt bei der Steuerflucht eine traurige Spitzenposition ein. Dagegen hat die USA einseitig eine Besteuerung aller



Auslandseinkommen der US-Bürger durchgesetzt und ist daher von der Steuerflucht am wenigsten betroffen.

Auch in **China** hat seit den Reformen ab Ende der 70-er Jahre die Ungleichheit zugenommen. Heute liegt China zwischen den USA und Europa – etwa gleichauf mit Deutschland und Großbritannien. Im Unterschied zu den kapitalistischen Staaten liegt der Anteil des Staates an den Unternehmen aber immer noch bei 55%, während die Wohnungen weitgehend privatisiert wurden. Insgesamt besitzt der Staat in China noch 30% aller Vermögen. Soviel besaß der Staat um 1980 auch noch in Deutschland und Großbritannien. In Deutschland sank der Staatsanteil an den Vermögen mittlerweile auf 5%, in GB und den USA wurde die Vermögensbilanz des Staates sogar negativ. Ein weiteres interessantes Detail: In China gibt es keine Erbschaftssteuer, während in vielen kapitalistischen Staaten wie Japan, Korea, USA, Deutschland usw. der Spitzensteuersatz auf Erbschaften immer noch nominal zwischen 30% und 55% liegt. In Taiwan setzen sich viele Superreiche für den Anschluss an China an, um die Erbschaftssteuer zu vermeiden.

Die chinesische Führung vertritt die Auffassung, dass die „**gelenkte Demokratie**“ durch die politisch interessierten Mitglieder der KP (etwa 10 % der Bevölkerung) besser funktioniert als die von gekauften Medien manipulierte Demokratie im Westen, insbesondere in den USA. Allerdings sind in China Wirtschaftsvertreter und Milliardäre im Volkskongress und anderen politischen Gremien massiv überrepräsentiert. Das gilt auch für die USA, nicht aber für Europa, wo eher die intellektuellen freien Berufe überrepräsentiert sind. Überall sind aber die Unterschichten kaum vertreten. Auch die Behauptung, dass in der KP eine rationalere Debatte stattfindet, lässt sich durch keinerlei Dokumente verifizieren.

Vierter Teil: Neues Nachdenken über die Dimensionen des politischen Konflikts

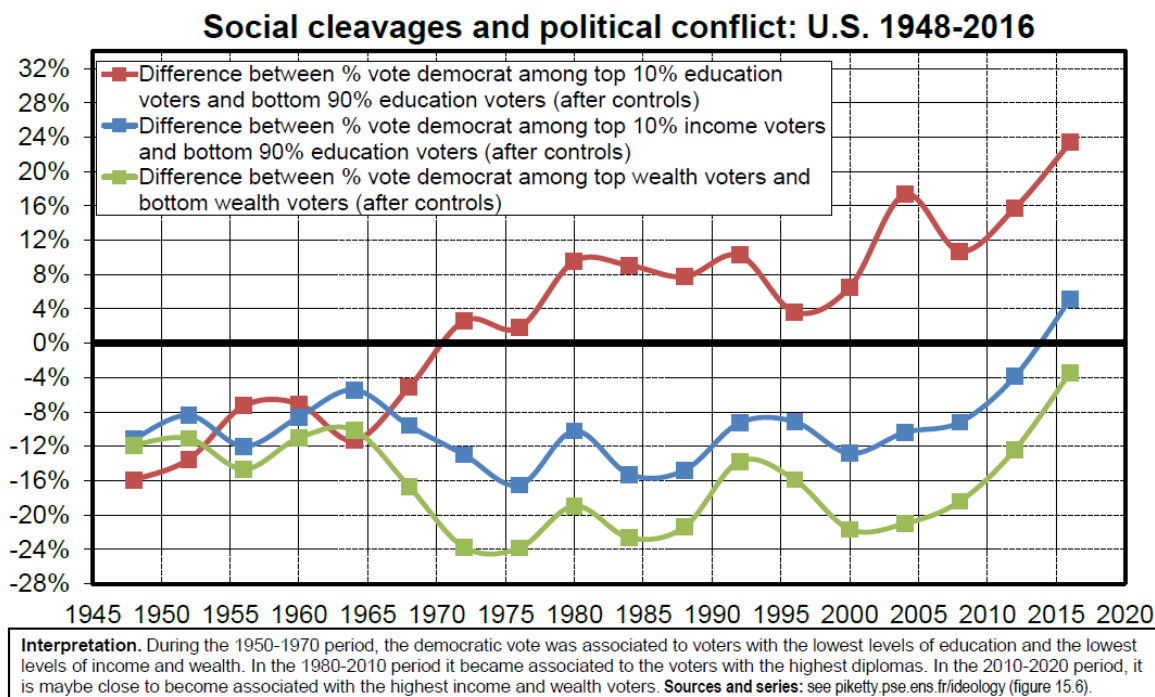
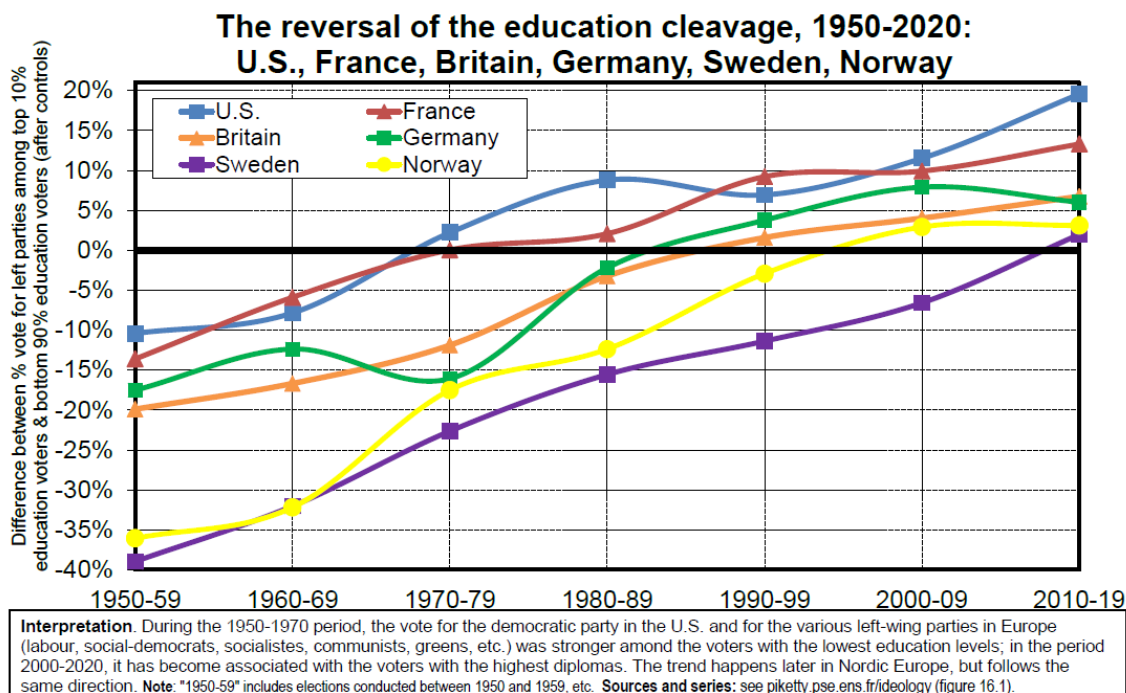
In diesem Teil analysiert Piketty detailliert das **Wählerverhalten** weltweit seit dem 2. Weltkrieg. Alleine 52 Grafiken dokumentieren die Wahlergebnisse nach Parteien bzw. politischen Strömungen sowie die Abstimmungsergebnisse (Brexit, EU-Vertrag, Separatismus usw.) und die Stimmabgabe und Wahlbeteiligung nach Bildungsniveau, Einkommen, Vermögen, Religion, Alter, Geschlecht, Migrationsstatus, Herkunft, ethnische Gruppe (USA, Südafrika), Kaste (Indien) usw. Ich konzentriere mich hier auf einige zentrale Ergebnisse:

Die linken Parteien werden zu Akademikerparteien

In den 50-er und 60-er Jahren wählten die Unterschichten in den Industriestaaten durchweg links und die Oberschichten konservativ. Das gilt gleichermaßen für West-Europa wie auch für die USA, wo die Demokraten seit den radikalen Sozialprogrammen Präsident Roosevelts in den dreißiger Jahren die Rolle der Sozialdemokraten übernommen hatten. Auf dieser überaus erfolgreichen Rolle der linken Parteien basierte der erstaunliche Abbau von Ungleichheiten. Ab den 70-er Jahren ändert sich dies. Von 1990 bis 2010 verwandelten sich alle linken Parteien in den Industriestaaten Europas und auch in den USA von Arbeiter- zu Akademiker-Parteien. Je höher der Bildungsgrad, desto stärker wählen die Menschen heute links. Das gilt in dieser Konsequenz aber nur für die Bildungselite. Bei den Einkommenseliten ist das Bild nicht so eindeutig. Und die Vermögenden wählen immer noch eher konservativ.

„Die verschiedenen sozialistischen, sozialdemokratischen und Arbeiterparteien verbreiteten immer mehr den Eindruck, die Gewinner des sozialen und Bildungswettbewerbs zu

begünstigen, und haben den Rückhalt verloren, den sie nach dem Krieg bei den Schichten mit den niedrigen Bildungsabschlüssen besaßen.“ (S. 891)



Es entstand so ein **Multielitensystem** – die linken Parteien vertreten die Interessen der Bildungseliten, die Konservativen die der Vermögenden. Aber sowohl die Vermögenseliten wie die Bildungseliten profitieren von der Globalisierung. Die Unterschichten, die Globalisierungsverlierer, gehen nicht mehr zur Wahl oder beginnen nationalistische Parteien zu wählen, die eine Umverteilung im Rahmen der Nation, der weißen Rasse usw. versprechen (Piketty nennt dies die „sozialnativistische Falle“. **Nativismus** ist die Auffassung, dass bestimmte Menschen (Rassen) überlegen sind aufgrund ihres besseren Erbguts). Mit

wachsender sozialer Ungleichheit geht auch die Wahlbeteiligung zurück. Dagegen war die Wahlbeteiligung in den Unterschichten zwischen 1950 und 1980 fast genauso hoch wie in der Mittel- und Oberschicht.

Die linken Parteien haben auf diese Entwicklung bisher keine Antwort, da sie unfähig sind, eine angemessene Verteilung und Steuerprogression im transnationalen Maßstab (der EU, der Welt) zu denken, zu fordern oder gar durchzusetzen.

Die These, dass die Einwanderung die Unterschicht nach rechts treibt, widerspricht dagegen den Fakten. Der Rückgang der Arbeiter, die links wählen und die sinkende Wahlbeteiligung fanden bereits statt, bevor die Spaltung in der Migrationsfrage virulent wurde. Die Nationalisten nutzen dieses Thema aus, aber sie sind nicht die Ursache. Es gelingt ihnen auch nur teilweise. Sonst würde die Wahlbeteiligung der Unterschichten nicht so stark zurückgehen.

Die vier ideologischen Viertel der Wähler in Frankreich

Piketty sieht zwei große Spaltungen:

a) Die Spaltung nach Vermögen und Einkommen – das ist die traditionelle Linie zwischen Links und Rechts.

b) Die Spaltung nach Grenze (Zugehörigkeit, Einwanderung, Internationalismus, Europa).

Piketty teilt daher die Parteien in vier ideologische Gruppen ein, die in Frankreich annähernd gleich stark sind:

1. Internationalistisch-egalitär (linke Gruppen, zum Beispiel »La France Insoumise« (LFI) oder die linken Sozialisten, die für Umverteilung und mehr offen für Einwanderer sind) → diese Wähler*innen sind eher gut gebildet, haben aber weniger Einkommen als Gruppe 2 und 3 und haben von allen Gruppen am wenigsten Vermögen;
2. Internationalistisch-inegalitär (rechte Sozialisten, »La République en Marche« (LREM – Macron) und Linksliberale, die relativ offen für Einwanderung sind, aber Umverteilung ablehnen) → diese Wähler*innen haben das höchste Bildungsniveau, sowie ein überdurchschnittliches Einkommen und Vermögen;
3. Nativistisch-inegalitär (traditionell Bürgerliche und katholische Rechte, die überwiegend gegen Einwanderung und gegen jede Umverteilung sind) → diese Wähler*innen haben ein hohes Bildungsniveau aber weniger als Gruppe 2, aber die höchsten Einkommen und Vermögen;
4. Nativistisch-egalitär (»Front National« (FN) und andere Nationalisten, die entschieden gegen Einwanderung, aber für Umverteilung sind) – diese Wähler*innen sind am wenigsten gebildet und haben die geringsten Einkommen, besitzen aber mehr Vermögen als Gruppe 1 (da eher Landbevölkerung).

Anmerkung des Autors KMH:

Das Modell ist sicher vereinfacht, da es das Wählerverhalten auf zwei Hauptthemen reduziert. So wird die ökologische Frage weitgehend ignoriert. Andere Fragen wie Religion oder Kaste werden im Buch detailliert untersucht – ich habe sie hier im Exzerpt aus Platzgründen weggelassen. Trotz dieser Beschränkungen erscheint mir das Modell von Piketty sehr aufschlussreich.

Eine Zuordnung der vier Wählergruppen könnte in den USA so aussehen: 1. Sanders, 2. Hillary Clinton, 3. Busch, 4. Trump (nicht wirklich egalitär, aber in der Rhethorik).

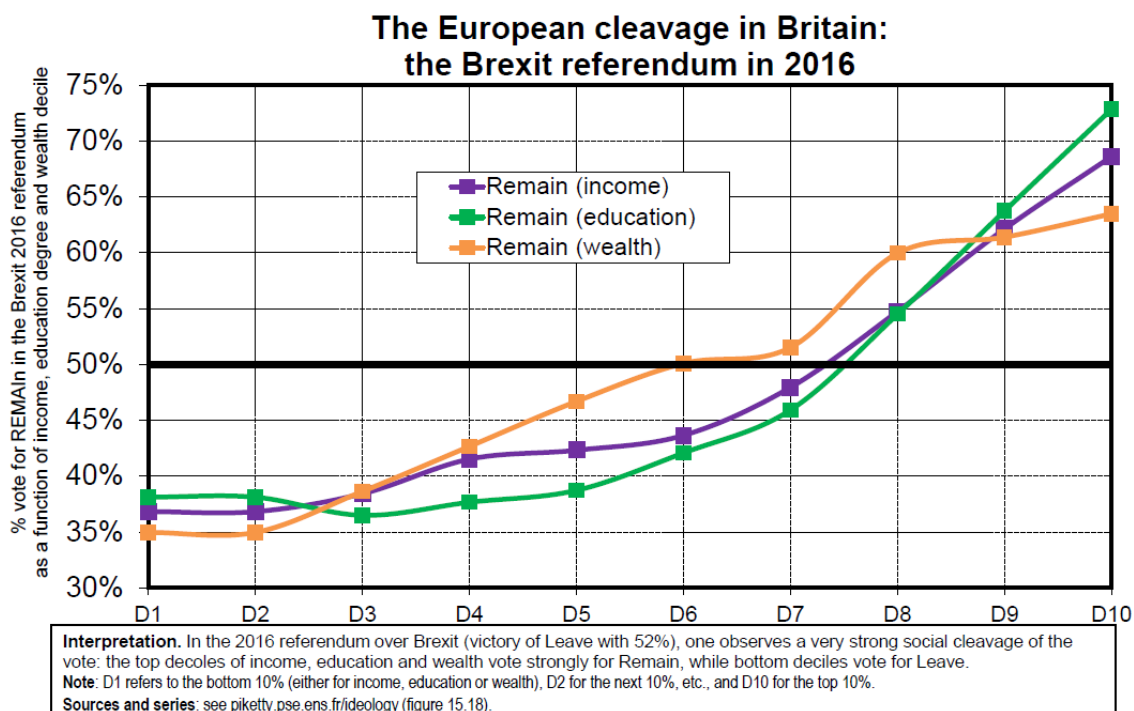
In Deutschland ist die Zuordnung viel unklarer: Die Grünen liegen zwischen 1 und 2 – entschieden internationalistisch, aber nur tw. egalitär, tw. inegalitär. Die Linken-Wähler gehören eher zur Gruppe 1 (egalitär, sind aber teilweise gegen Europa – das gilt übrigens auch für LFI in Frankreich). Die SPD gehört eher zu 2. Nur eine Minderheit tendiert zu 1. Die CDU gehört eher zu 3, aber Merkel und ihre Fans gehören eher zu 2. Auch sind viele CDU-Wähler*innen anders als die Konservativen in GB eher pro Europa. Die AfD teilt sich in die neoliberale Anti-EU-Partei (Gruppe 3) und die sozialnationalen „Flügel“ der Höcke-Anhänger (Gruppe 4).

Für Deutschland und die EU-Politik folgt daraus zweierlei:

1. Wenn die AfD sich stärker zur sozial-nativistischen Unterschichtspartei entwickelt, und zugleich die Linken Parteien (also SPD; Grüne, Linke) keinen realistischen internationalistischen (sozial-föderalen) Umverteilung-Kurs formulieren, dann kann die AfD wie in Frankreich auf 25% wachsen.
2. Solange die EU keine eindeutige Politik für soziale und steuerliche Gerechtigkeit verfolgt, ist eine Überwindung des heftigen Bruchs zwischen den Unterschichten und der europäischen Idee nicht absehbar.

Abstimmungsverhalten zum Brexit

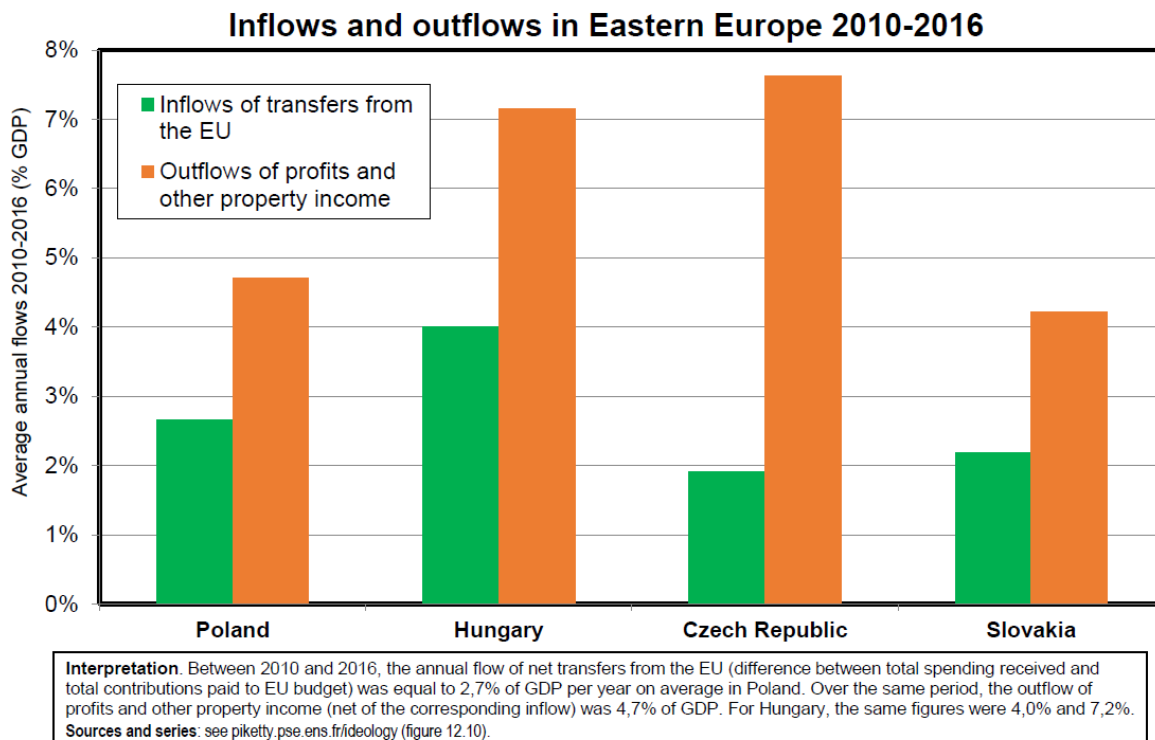
Auch bei dem Brexit-Referendum wurde deutlich, dass die Unterschichten die EU als Bedrohung der sozialen Sicherheit wahrnehmen. Die Oberschicht stimmte gegen den Brexit, die Unterschichten dafür. **Die Globalisierung wird zur Klassenfrage.**



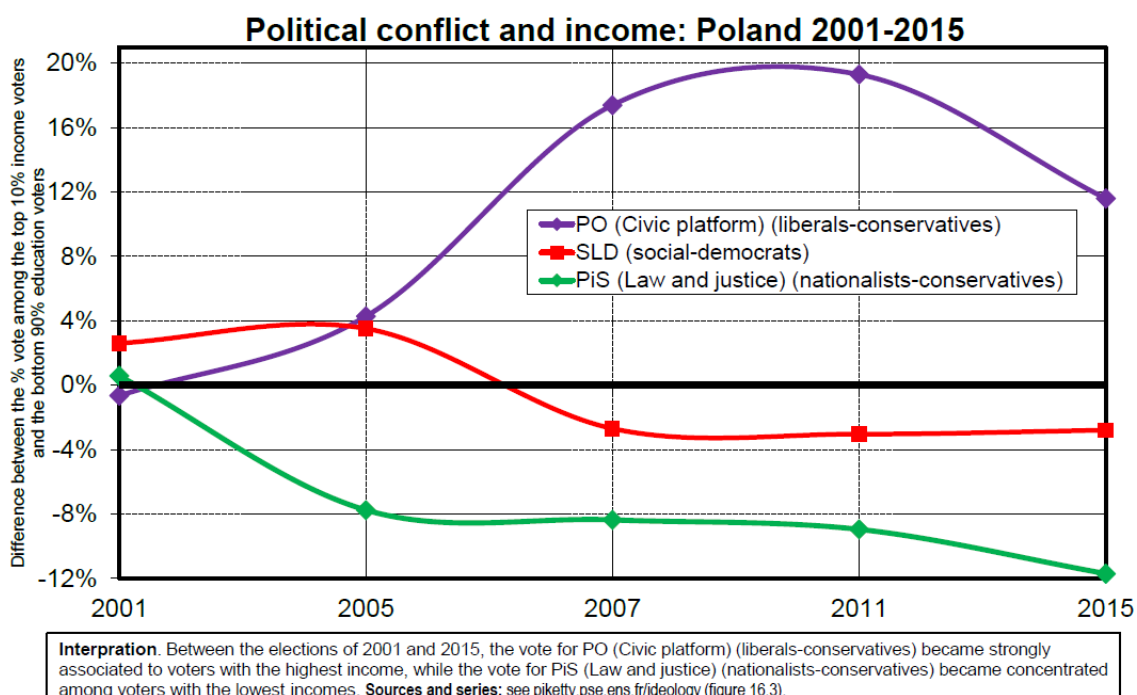
Mittel-Ost-Europa

Die oben geschilderte Entwicklung ist in Mittel-Ost-Europa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien) noch weiter fortgeschritten. Hier haben die Unterschichten das Vertrauen in internationale gerechte Lösungen weitgehend verloren. Dabei ist die Ungleichheit zwar etwas höher als in Westeuropa, aber viel geringer als in den USA oder Russland.

Die Bildungs- und Sozialsysteme sind aus kommunistischer Tradition immer noch relativ egalitär. Das Einkommen stieg von 45% auf knapp 70% des EU-Durchschnitts. Aber trotzdem hängt Osteuropa immer noch weit zurück. Vor allem aber sind die Transfers durch die EU nach Osteuropa deutlich geringer als die Abflüsse von Gewinnen und anderen Kapitaleinkünften. Davon profitiert insbesondere Deutschland.



Da nach der Wende die Exkommunisten – die sich dann Sozialdemokraten nannten – oft die Verantwortung übernahmen, bekamen sie später – meist berechtigt – die Schuld für die Privatisierungen und die wachsende Ungleichheit zugeschrieben. Diese Entwicklung diskreditierte sowohl linke wie auch andere europäisch denkenden Parteien und stärkte nativi-



stische Kräfte wie die PIS in Polen und Orban in Ungarn, die eine gezielte nationale Sozialpolitik machen und dafür von den Unterschichten überproportional gewählt werden. In Folge dieser Entwicklung sind die linken Parteien nahezu verschwunden. In Polen wird die konservative pro-EU-Partei PO eher von den Oberschichten, die erzkonservative und nationalnativistische PIS eher von den Unterschichten gewählt.

Entwicklung der Wahlergebnisse in anderen Staaten

Die oben für die USA, Frankreich und GB geschilderte Entwicklung gilt auch für fast alle anderen untersuchten Staaten in Westeuropa wie Niederlande, Schweiz, Deutschland, Skandinavien – ebenso für die weiteren angelsächsischen Staaten Kanada, Australien und Neuseeland. Überall wurden die linken Parteien zu Akademikerparteien.

Eine besondere Entwicklung gab es in Italien. Die jahrzehntelang dominierenden Christdemokraten brachen aufgrund von Skandalen auseinander. Die Linken und Linksliberalen einschließlich der meisten Kommunisten schlossen sich zur PD (demokratische Partei) zusammen, die wie die anderen Sozialdemokratischen Parteien zur Akademikerpartei wurde. Es gab keine Partei mehr, die die Unterschichten erkennbar vertrat. Damit war der Platz frei für das erste sozialnativistische Bündnis in Westeuropa – bestehend aus der migrantenfeindlichen Lega und der radikaldemokratischen M5S (Fünf-Sterne-Bewegung), deren Hauptforderung ein Mindesteinkommen war. Die M5S wurde überwiegend von den ärmeren und bildungsfernen Unterschichten gewählt.

Auch wenn das Bündnis in Italien relativ rasch geplatzt ist, befürchtet Piketty, dass es zu ähnlichen sozialnativistischen Erfolgen in anderen Staaten kommen kann, wenn die Linke keine andere Politik macht.

In Israel hat die nativistische Spaltung nach „Grenze“ – also Zugehörigkeit –, die Klassenfrage völlig verdrängt. Die einst dominierende Arbeiterpartei ist bedeutungslos geworden.

In der Türkei wurde die alte kemalistische laizistische CHP von der AKP verdrängt, der es gelang, die Unterschichten zu gewinnen, indem sie die islamische und nationale Erneuerung predigte, während die CHP zur Partei der gebildeten Schichten in den Städten wurde.

Eine Ausnahme bildet nur Japan, wo die LDP (liberal-demokratische-Partei) es geschafft hat, seit dem Krieg eine hegemoniale Stellung in der ländlichen Bevölkerung und dem städtischen Bürgertum zu behaupten.

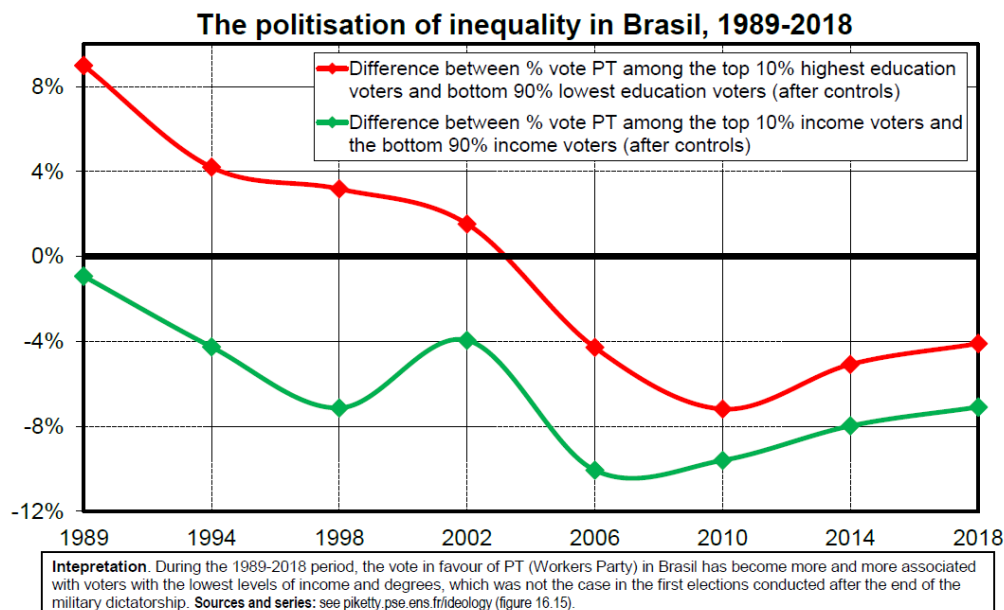
Die wachsende Klassenspaltung in Indien und Brasilien

Eine ganz andere Entwicklung beobachtet Piketty in den Schwellenländern Indien und in Brasilien, in denen die Ungleichheit am extremsten zugenommen hat. Dort hat sich die Klassenspaltung in den letzten Jahrzehnten sogar deutlich verschärft.

In Indien ist die zurzeit regierende Hindu-Partei BJP eine Oberschichtspartei, die über eine Radikalisierung des Religionskonfliktes ihre Mehrheit hergestellt hat. Dabei gelingt es ihr auch, verarmte Schichten der oberen Kasten zu gewinnen. Dagegen werden der Kongress und die linken Parteien immer mehr zu Parteien der Unterschichten, der Moslems und der niederen Kasten.

In Brasilien wurde die Arbeiterpartei PT – ehemals eine Partei der Intellektuellen – immer mehr zur Partei der Armen und der Unterschichten. Da aber die Sozialprogramme nicht von den Reichen, sondern insbesondere von den Mittelschichten finanziert werden mussten,

gelang es den rechten Parteien, die Mittelschichten teilweise auf ihre Seite zu ziehen und die die letzten Wahlen wieder zu gewinnen.



Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert

Kernanliegen des Buches ist die Formulierung eines Programms für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts – wobei „Sozialdemokratie“ als Synonym für eine demokratische internationalistische Linke verstanden wird. Im Folgenden fasse ich die diesbezügliche Gedanken aus dem Buch – insbesondere aus dem letzten Kapitel des Buches – hier zusammen:

Grundgedanken

„Die Geschichte der menschlichen Gesellschaften lässt sich als Suche nach Gerechtigkeit begreifen. ... Vor dem Hintergrund der in diesem Buch analysierten Erfahrungen bin ich überzeugt von der Möglichkeit, über den Kapitalismus und das Privateigentum hinauszugehen, um eine gerechte Gesellschaft auf der Grundlage eines partizipativen Sozialismus und Sozialföderalismus zu schaffen.“

Globalisierung und Einwanderung

In den letzten Jahrzehnten hat die Globalisierung zu einem verschärften Wettbewerb zwischen den Staaten geführt. Diese haben mit sinkenden Steuern für die Reichen und die Unternehmen reagiert. Die Steuern und Abgaben der Mittelschichten und Unterschichten sind gestiegen. Im Ergebnis sind die Einkommen der Oberschicht und die großen Vermögen explosiv gewachsen, während die der Unterschicht stagnierte. Dies hat zu einer Einkommens- und Vermögenskonzentration geführt, die außer Kontrolle geraten ist. Die Ungleichheit wächst rapide.

Die Hoffnung, dass die Globalisierung dazu beiträgt, dass die armen Staaten die Industrialisierung nachholen und ihr Wohlstand zunimmt, ist nur für China und einige andere Staaten in Ostasien zumindest teilweise erfüllt worden. In wichtigen Schwellenländern wie Indien,

Brasilien und Südafrika hat die innere Ungleichheit in extremen Maße zugenommen. Einige arme Staaten insbesondere in Afrika und Mittelamerika sind sogar zurückgefallen. Die Einwanderung bzw. Flucht aus diesen Staaten in die Industriestaaten hat in Folge dieser Entwicklung erheblich zugenommen.

Das Versagen der Linken

In der Folge entstand in den Unterschichten und in den armen Staaten der Eindruck, dass die Globalisierung und auch die EU nur den Reichen und den großen Unternehmen nützt. Die Linken Parteien (Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Radikaldemokraten, USA-Demokraten, Grüne usw.) haben auf diese Herausforderung bislang keine Antwort formuliert. Daher wenden sich die Unterschichten von ihnen ab und wählen oft gar nicht oder sie wählen sozialnativistische Parteien.

Ein wichtiger Grund dafür war die Bildungsrevolution in den 60-er und 70-er Jahren. Sie produzierte eine breite Mittelschicht von Bildungsaufsteigern aus Arbeiterfamilien, die begannen, die linken Parteien zu dominieren (siehe oben in Teil 3).

Die nationalistischen Parteien versuchen mehr oder weniger erfolgreich, diese Lücke zu nutzen, indem sie sozialnativistische Programme (gegen Ausländer, Einwanderer, Minderheiten usw. und für mehr soziale Gerechtigkeit) formulieren. Sie behaupten zumindest, dass sie für die Arbeiter eine Alternative darstellen.

Ablehnung des Begriffs „Populismus“

Linke und bürgerliche Parteien versuchen dem Sozialnativismus zu begegnen, indem sie diese Parteien und Strömungen als „populistisch“ bezeichnen. Dies lehnt Piketty entschieden ab. Man solle sich vor den Fallstricken und Sackgassen der Debatte über den „Populismus“ hüten. Vielmehr muss sich die Linke auf inhaltliche Fragen konzentrieren – also wie mit einer Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik dazu beigetragen werden kann, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Nach seiner Meinung sind die Unterschichten keineswegs „rechts“. Sie verlangen nur eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Die Bezeichnung „Populismus“ dient oft nur als Schutzwall der Eliten, um Forderungen nach sozialer Umverteilung als angeblich unfinanzierbar und unmöglich darzustellen und so abzublocken. Das nützt aber nur den sozialnativistischen Parteien.

Im Grunde haben die Sozialnativisten gar keine Antwort auf die Globalisierung. Die Versuche, die Globalisierung durch nationale Programme zu bekämpfen, sind zum Scheitern verurteilt. Am deutlichsten wird dies daran, dass weder die PIS, noch Trump, die Lega in Italien oder die FN in Frankreich ein Programm für eine soziale Umverteilung formulieren. Keine dieser Parteien fordert eine Erhöhung der Unternehmenssteuern und der Reichensteuern. Das geht nämlich nur international oder zumindest im Rahmen der EU, nicht aber in relativ kleinen Staaten wie Ungarn oder auch Polen. Wo die Sozialnativisten an der Regierung sind, senken sie sogar häufig die Steuern für Reiche und Unternehmen, um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein. Daher unterscheidet sich die Steuerpolitik von Trump, der PIS und der M5S, wenn sie an der Regierung sind, nicht von den Programmen, mit denen Emmanuel Macron, Gerhard Schröder und Tony Blair ihre Länder konkurrenzfähiger gemacht haben – eher im Gegenteil.

Was ist eine gerechte Gesellschaft?

Piketty definiert sie folgendermaßen – wobei er betont, dass die Definition nie abgeschlossen ist, sondern stets Ergebnis des gesellschaftlichen Diskurses bleibt, der sich weiterentwickelt: Gerecht ist eine Gesellschaft, die allen Menschen möglichst umfänglichen Zugang zu grundlegenden Gütern gewährt. Zu solchen Grundgütern gehören Bildung, Gesundheit, Grundversorgung, Unterkunft, Kultur, Wahlrecht und allgemeiner gesprochen Partizipation. Die gerechte Gesellschaft organisiert soziale und wirtschaftliche Beziehungen, Eigentumsverhältnisse, Einkommens- und Vermögensverteilung derart, dass sie ihren am wenigsten begünstigten Mitgliedern die bestmöglichen Existenzbedingungen bietet. Ungleichheit ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie unterschiedlichen Lebensentscheidungen entspringt.

Dieses Gesellschaftsmodell nennt er einen partizipativen Sozialismus, der an die großen Erfolge des Sozialstaats von 1950 bis 1970 anknüpft und sie weiterentwickelt. Es handelt sich um einen dezentralen Sozialismus mit Teilhabe der Menschen an der Führung von Unternehmen aufbauend auf den Erfahrungen in Deutschland und Nordeuropa. Eine zentrale Rolle spielen dabei das Bildungssystem, die Demokratisierung der Wirtschaft, das Eigentum auf Zeit und ein progressives Steuersystem in der angelsächsischen Tradition der Nachkriegszeit.

Demokratische Wirtschaftsordnung

Piketty sieht drei Möglichkeiten, wie das auf dem Privateigentum an Unternehmen und auf der Allmacht der Aktionäre basierende System überwunden werden kann:

1. Öffentliches Eigentum
2. Gesellschaftliches Eigentum
3. Eigentum auf Zeit.

Diese drei Formen für die Überwindung des Privateigentums können sich gegenseitig ergänzen.

Zu 1: Öffentliches Eigentum kann sehr unterschiedlich organisiert werden: Der Besitz kann kommunal (Stadtwerke – Strom, Wasser, KITAS, Schulen), regional (Sparkassen, Krankenhäuser) oder zentral (Bundesbahn) organisiert sein. In den Aufsichtsräten können die Regierung, die Bürger, die Kunden oder zivilgesellschaftliche Gruppen (wie heute schon im öffentlichen Rundfunk) vertreten sein.

Zu 2: Vorbild für einen Schritt in Richtung gesellschaftlichen Eigentums ist die Beteiligung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in den Aufsichtsräten oder Vorständen.

Zu 3: Eigentum auf Zeit bedeutet, dass das die großen Vermögen kontinuierlich umverteilt werden. Dazu gehört eine progressive Einkommenssteuer und progressive Vermögenssteuern, aus denen eine Erbschaft für alle finanziert wird.

Steuergerechtigkeit in die Verfassung aufnehmen

Um eine wirksame Eigentumszirkulation – sprich Umverteilung – vornehmen zu können, müssen die Prinzipien der Steuergerechtigkeit, der Progressivität und der Eigentumszirkulation in die Verfassung aufgenommen werden. Dazu gehört auch die Garantie der Grundversorgung in Form eines einheitlichen Gesundheitssystems, Rentensystems, einer Arbeitslosen- und Invaliditätsversicherung und eines Grundeinkommens als Teil des Einkommenssteuersystems.

Dazu gehört auch, dass der Staat verpflichtet wird, jährlich verlässliche Schätzungen der Vermögen, Einkommen und der darauf effektiv gezahlten Steuern zu veröffentlichen.

Weiterhin muss die Besetzung von Aufsichtsrats- und Vorstandspositionen auch in der Verfassung geregelt werden.

Die Macht in Unternehmen aufteilen

Piketty schlägt dazu vor, folgende Maßnahmen auszuprobieren:

- **Parität zwischen den Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer** in den Aufsichtsräten und in den Vorständen aller größeren Unternehmen. Für kleine Unternehmen soll das nicht gelten, damit die Unternehmensgründung belohnt wird. Eine Mindestgröße nennt er nicht.
- Er referiert aber die Erfahrungen in Deutschland (Vollparität in der Montanindustrie, Parität – aber mit Entscheidungsvotum des Vorsitzenden, der von der Kapitaleite gestellt wird – in Betrieben mit mehr als 2000 Beschäftigten, und ein Drittel der Sitze für die Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Dies führt interessanterweise bis heute dazu, dass die Aktien der deutschen Konzerne weniger wert sind, obwohl sie mehr Gewinne machen. Weiterhin gibt es eine starke Arbeitnehmermitbestimmung in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten. In Schweden besetzen die Arbeitnehmer in Firmen von mehr 25 Beschäftigten ein Drittel des Vorstandes, ähnlich in Norwegen, Dänemark und Österreich – aber ab höheren Beschäftigtenzahlen.
- **Aktienerwerb durch die Arbeitnehmer**, um ihr Stimmrecht aufzustocken. Dazu könnte ein Teil der Vorstandsmitglieder aus von Arbeitnehmern und Aktionären gemischt besetzten Versammlungen gewählt werden, um neue Koalitionen im Interesse des Unternehmens zu ermöglichen.
- **Höchststimmrecht für Aktionäre** (wer mehr als 10% der Aktien besitzt, bekommt für das zusätzliche Kapital nur ein Drittel der Stimmen). Damit wird die Macht von Mehrheitsaktionären zugunsten der Kleinaktionäre stark eingeschränkt – meist im Interesse der anderen Aktionäre und der Belegschaft.

Stark progressives Steuersystem

Es gibt drei progressive Steuerarten: Die progressive Einkommenssteuer (einschließlich der Unternehmenssteuer und einer progressiven CO₂-Steuer), die progressive Erbschaftssteuer und die progressive Vermögenssteuer (Eigentumssteuer). Ein ideales Steuersystem muss dabei ein Gleichgewicht herstellen.

Piketty schlägt Steuersätze vor, die bewirken, dass die Einkommenssteuer 45% des Nationaleinkommens beträgt. Die Vermögenssteuern sollen 5% (4 % Eigentumssteuer und 1% Erbschaftssteuer) des Nationaleinkommens erbringen. Die vorgeschlagenen Steuersätze sind keine Phantasiezahlen, sondern orientieren sich in der Gesamtbelastung an Steuersätzen, wie sie in den 1950-er Jahren in den angelsächsischen Ländern üblich waren. Nur die jährliche Besteuerung des Vermögens liegt deutlich höher.

Grundsteuern lehnt Piketty dagegen ab, da dabei jemand, dessen Grundstück zu 100% belastet ist, genauso viel zahlen muss, wie jemand dessen Haus schuldenfrei ist. Außerdem ist sie stark degressiv, da heute vor allem die Mittelschicht (Eigenheimbesitzer) und die

Unterschicht (über die Mieten) die Grundsteuer bezahlt. Sie sollte daher bei der Einführung der Vermögenssteuer als Kompensation abgeschafft werden.

Die Vermögenssteuern (5%) sollen verwendet werden für die Erbschaft für alle (siehe unten). Die Einkommenssteuern sollen für die Finanzierung des Sozialstaates und der Umweltpolitik (40% - insbesondere Gesundheit, Rente, Bildung, Arbeitslosigkeit, sonstige Sozialausgaben – dazu gehört auch ein allgemeines Grundeinkommen, Umwelt – CO2-Steuer) und der restlichen Staatsausgaben (5% - insbesondere Polizei, Justiz, Militär ...) eingesetzt werden.

Eigentumssteuer

Aufgabe der Vermögenssteuer (oder Eigentumssteuer) ist einerseits die Besteuerung der Vermögenszuwächse, die durch die Einkommenssteuer nicht mehr erreicht werden. Zum anderen soll sie einen Beitrag zur Umverteilung leisten. Sehr hohe Vermögen müssen höher besteuert werden, da die Gewinne und Zuwächse dieser Vermögen am höchsten sind. Nur wenn der Steuersatz über dem durchschnittlichen Vermögenszuwachs liegt, findet eine Umverteilung statt.

The rise of top global wealth holders, 1987-2017		
<i>Annual average real growth rate 1987-2017 (after deduction of inflation)</i>	World	U.S.-Europe-China
The one hundred-millionth richest (Forbes)	6,4%	7,8%
The one twenty-millionth richest (Forbes)	5,3%	7,0%
The top 0,01% (WID.world)	4,7%	5,7%
The top 0,1% (WID.world)	3,5%	4,5%
The top 1% (WID.world)	2,6%	3,5%
Per adult average wealth	1,9%	2,8%
Per adult average income	1,3%	1,4%
Total adult population	1,9%	1,4%
GDP or total income	3,2%	2,8%

Interpretation. Between 1987 and 2017, the average wealth of the one hundred-millionth richest individuals in the world (i.e. about 30 individuals out of 3 billions adults in 1987, and 50 out of 5 billions in 2017) grew by 6,4% a year globally; the average wealth of the 0,01% richest individuals (about 300 000 individuals in 1987, 500 000 in 2017) grew by 4,7% a year, and average global wealth by 1,9% a year. The rise of very top wealth holders has been even more marked if we concentrate on U.S.-Europe-China. **Sources:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (table 13.1).

Deshalb schlägt Piketty die in der folgenden Tabelle dargestellten Steuersätze vor. Die jährliche Steuerbelastung läge also bei einem Vermögen von 100.000 Euro bei 100 Euro (also vergleichbar der heutigen Grundsteuer), von 400.000 Euro bei 4000 Euro, von 1 Million Euro bei 20.000 Euro, von 20 Millionen Euro bei 2 Millionen, von 200 Millionen bei 120 Millionen und von 2 Milliarden Euro bei 1,8 Mrd. Euro. Diese Steuersätze würden bedeuten, dass es nach einigen Jahren kaum noch Vermögen über 10 Millionen Euro pro Person gäbe. Dies ist aber nur eine „Diskussionsgrundlage“. Der gleiche Effekt könnte auch mit Spitzensteuersätzen von 10% oder 20% erreicht werden. Es dauert dann eben nur länger, bis das Ziel erreicht ist.

Eigentumsstreuung - Erbschaft für alle

Alle Versuche, Eigentum zu streuen, haben stets nur die Mittelschicht (also 40% - das 6. bis 9. Dezil) erreicht. Die unteren 50% haben nie ein relevantes Eigentum gebildet.

Daher schlägt Piketty vor, dass die Einnahmen der Vermögenssteuern für eine Kapitalausstattung für alle Bürger*innen mit dem 25. Lebensjahr (staatliche Erbschaft für alle) eingesetzt werden. Nach seinen Berechnungen könnte diese „Erbschaft“ 120.000 Euro (60% des Durchschnittsvermögens) ausmachen. Dieses Startkapital kann dann entweder „angelegt“ oder als Startkapital für ein eigenes Unternehmen eingesetzt werden.

The circulation of property and progressive taxation				
Progressive tax on property (funding of the capital endowment allocated to each young adult)			Progressive tax on income (funding of basic income and social and ecological State)	
Multiple of average wealth	Annual tax on property (effective tax rate)	Tax on inheritances (effective tax rate)	Multiple of average income	Effective tax rate (including social contributions and carbon tax)
0,5	0,1%	5%	0,5	10%
2	1%	20%	2	40%
5	2%	50%	5	50%
10	5%	60%	10	60%
100	10%	70%	100	70%
1000	60%	80%	1000	80%
10000	90%	90%	10000	90%

Interpretation. The proposed tax system includes a progressive tax on property (annual tax and inheritance tax) funding a capital endowment for all young adults and a progressive tax on income (including social contributions and progressive tax on carbon emissions) funding the basic income and the social and ecological State (health, education, pensions, unemployment, energy, etc.). This system favouring the circulation of property is one of the constituting elements of participatory socialism, together with a 50-50 split of voting rights among workers representatives and shareholders in corporations. **Note:** in the exemple given here, the progressive property tax raises about 5% of national income (allowing to fund a capital endowment of about 60% of average net wealth, to be allocated to each young adult at 25-year of age) and the progressive income tax about 45% of national income (allowing to fund an annual basic income of about 60% of after-tax income, costing about 5% of national income, and the social and ecological State for about 40% of national income). **Sources:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (table 17.1).

Anders als die heutigen und auch die künftigen „privaten“ Erbschaften, die aufgrund der steigenden Lebenserwartung meist erst im hohen Alter fällig werden, würde diese allgemeine Kapitalausstattung zu Beginn des aktiven Lebens erfolgen und zu einer starken Vermögensverjüngung führen. Dies würde die soziale und ökonomische Dynamik erhöhen.

Erbschaftssteuer

Die Erbschaftssteuer ist keine Steuer auf den Nachlass, sondern eine Steuer, die den Empfänger von privaten Erbschaften belastet. Sie wird auf die Gesamtsumme der privaten Erbschaften einer Person berechnet. Bei mehreren Erben ist sie also entsprechend geringer. Verbunden mit der Erbschaft für alle würde das bedeuten: Wer im Laufe seines Lebens 100.000 Euro erbt (die Hälfte des Durchschnittsvermögens) würde also nach Abzug der Erbschaftssteuer von 5000 Euro einschließlich der staatlichen Erbschaft insgesamt 215.000 Euro erhalten. Jemand der das Doppelte des Durchschnitts erbt (400.000) würde immer noch 440.000 Euro erben – also immer noch mehr als heute. Wer eine Million erbt, dem bliebe von der Erbschaft künftig nur 620.000 Euro (heute blieben ohne die zahlreichen Freistellungen noch 700.000 Euro) übrig.

Einkommenssteuer

Die Einkommenssteuer soll einheitlich mit einem progressiven Steuersatz auf alle Einkommen erhoben werden – also Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen (Dividenden, Zinsen,

Gewinne, Nettomieten usw.). Auch die nicht ausgeschütteten Gewinne könnten als Einkommen – zumindest mit einer gewissen Zeitverzögerung – besteuert werden.

Unter Einkommenssteuer subsumiert Piketty auch die **Sozialversicherungsbeiträge** und die Körperschaftsteuer. Die vorgeschlagenen Steuersätze beziehen sich also auf das Arbeitgeberbrutto vor Steuern und Sozialabgaben. Außerdem soll die progressive Einkommenssteuer auch die heutigen Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer und die Umweltafgaben wie z. B. eine CO₂-Steuer ersetzen. Es handelt sich also nicht um eine progressive Einkommenssteuer im engeren Sinne, sondern es geht darum, die Gesamtbelastung der Steuerlast ohne Vermögenssteuern progressiv zu gestalten.

Anmerkung des Autors KMH: Die folgende von mir gerechnete Tabelle stellt grob überschlagen und jeweils abgerundet die von Piketty vorgeschlagenen Steuern im Vergleich mit der heutigen Belastung dar. Als Verbrauchssteuer wurde pauschal rund 20% auf den geschätzten Konsumanteil gerechnet:

<i>Bruttoeinkommen</i>	<i>AG-Brutto + Kapitaleinkommen</i>	<i>heutige Einkommenssteuer + Sozialabgaben</i>	<i>Heutige Gesamt-abgaben mit Verbrauchssteuern</i>	<i>Steuerbelastung nach Piketty</i>
16.500 €	20.000 €	6.500 €	9.000 €	2.000 €
67.000 €	80.000 €	50.000 €	56.000 €	32.000 €
185.000 €	200.000 €	110.000 €	120.000 €	100.000 €
385.000 €	400.000 €	190.000 €	210.000 €	240.000 €
4 Mio. €	= .	1,8 Mio. €	= .	2,8 Mio. €
40 Mio. €	= .	18 Mio. €	= .	32 Mio. €
400 Mio. €	= .	180 Mio. €	= .	360 Mio. €

Selbst bei einem Bruttoeinkommen von 150.000 Euro pro Person – also einem Familieneinkommen von ca. 300.000 Euro im Jahr – liegt die von Piketty vorgeschlagene Belastung noch unter der, die heute anfällt. Nur weniger als 5 % der Bevölkerung müssten bei den vorgeschlagenen Steuersätzen mehr Steuern und Abgaben bezahlen als heute.

Grundeinkommen

Im Prinzip sieht Piketty im Grundeinkommen für jeden das heutige Hartz-IV-Geld oder ähnliche Regelungen in anderen EU-Staaten. In Zukunft soll es aber jedem bedingungslos zur Verfügung stehen, die oder der zu wenig verdient. Außerdem soll es nicht gesondert beantragt werden, sondern es soll bei der Berechnung der Einkommenssteuer durch den Arbeitgeber künftig automatisch berücksichtigt werden, wenn der oder die Beschäftigte zu wenig verdient. Die Höhe des Grundeinkommens nimmt mit steigendem Einkommen ab. Der Lohn plus ergänzendes Grundeinkommen soll mit der Lohnabrechnung ausgezahlt werden. Auch Obdachlose bekommen automatisch ein Konto, auf das das Grundeinkommen ausgezahlt wird. Die Höhe des Grundeinkommens soll 60% des Durchschnittseinkommen nach Steuern, also etwa 1400 Euro betragen. Piketty rechnet damit, dass 30% der Bevölkerung das Grundeinkommen ganz oder anteilig beziehen und dafür 5% des Nationaleinkommens aufgewendet werden muss.

CO2-Steuern

Die Einführung eines gerechten progressiven Steuersystems ist die Grundvoraussetzung dafür, dass der Kampf gegen die Klimaerwärmung von der gesamten Gesellschaft erfolgreich geführt werden kann. Weiterhin sollen alle Einnahmen aus den CO2-Steuern den Bürgern anteilig ihres durchschnittlichen CO2-Verbrauches zurückgegeben werden. Dieser Bonus wird über die Lohnabrechnung automatisch ausgezahlt. Piketty diskutiert auch eine individuelle CO2-Steuer, für die die individuellen CO2-Emissionen (Stromverbrauch, Öl-, Gasverbrauch, Flugkilometer usw.) erfasst und dann sogar progressiv besteuert werden.

Körperschaftsteuer

Da es künftig einheitliche Steuersätze für alle Einkommen gibt, wird die Körperschaftsteuer nur noch eine Vorabzahlung auf die Einkommenssteuer sein. Diese Vorauszahlung stellt sicher, dass auch nicht erfasste Einkommen – insbesondere von Ausländern, die an inländischen Unternehmen beteiligt sind – mit dem vollen Steuersatz versteuert werden. Firmeneinnahmen, die keiner Person zugeordnet werden können, werden automatisch mit dem höchsten Steuersatz der Einkommenssteuer (also 90%) belastet.

Die Gewinne von internationalen Unternehmen sollen zukünftig auf die Länder aufgeteilt und dann besteuert werden, in denen das Unternehmen tätig ist (**Gesamtkonzernsteuer**). Grundlage der Berechnung soll allein der Umsatz in dem jeweiligen Land sein. Eine solche Form der Gesamtkonzernsteuer kann von jedem Land unilateral erhoben werden. Noch besser wäre es, wenn dies die EU übernehme. Es muss also nicht auf eine internationale Vereinbarung gewartet werden. Die einzige Voraussetzung dafür ist es, dass der **internationale Datenaustausch** über die Kenndaten internationaler Konzerne funktioniert.

Maßnahmen gegen Steuerflucht

Um Steuerflucht zu vermeiden und um zu verhindern, dass Einnahmen und Gewinne nicht ordentlich versteuert deklariert und versteuert werden, soll die EU ein Gesetz wie das FATCA in den USA verabschieden, das sicherstellt, dass alle Staaten und Firmen der Welt, die Geschäfte innerhalb der EU machen oder Geschäftsbeziehungen haben mit Firmen, die in der EU angesiedelt sind, Steuerdaten über alle Bürger der EU und alle Firmen mit Sitz in der EU liefern müssen. Auf diese Weise können die weltweiten Vermögen und Einkommen von EU-Bürgern und von allen Firmen, die in der EU tätig sind, von der EU bzw. von einem EU-Staat besteuert werden.

Wer dem entfliehen will, indem er die Staatsbürgerschaft abgibt, soll mit einer Exit-Steuer belegt werden, die dies unattraktiv macht.

Damit widerspricht Piketty entschieden dem verbreiteten Fatalismus, man könne nichts gegen die Steuervermeidung, den Steuerwettbewerb und andere Folgen der Globalisierung tun.

Sozialföderalismus

Auch wenn die Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung mit Erfolg in Gesetzen oder Richtlinien umgesetzt worden sind, bleibt natürlich die Frage, wie bei Menschen, die in einem anderen Staat arbeiten und/oder leben, die Anwendung des Sozialsystems erfolgt. Auch wenn es bereits einige bilaterale Abkommen zu dieser Thematik gibt, gibt es

keinerlei international anerkannte Regeln. Auch in der EU sind viele Fragen noch nicht ausreichend gelöst. Die naheliegende Antwort auf diese zunehmenden Folgen der Globalisierung ist aber kein Nationalismus, sondern eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der Staaten und insbesondere der Demokratien. Damit kann und sollte die Umverteilung des Wohlstandes und die soziale Gerechtigkeit vorangetrieben werden. Piketty nennt dieses Programm „Sozialföderalismus“. Dafür wäre die EU die ideale Ausgangsbasis. Dazu braucht die EU eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik im Rahmen einer Parlamentarischen Europäischen Union (PEU). Hierzu macht Piketty den Vorschlag, dass die Staaten, die dazu bereit sind, innerhalb der EU eine PEU gründen. Dann könnten diese im Rahmen der PEU eine gemeinsame Sozial- und Steuerpolitik formulieren.

Die Beschlüsse der PEU sollte ein Parlament fassen. Dazu sollte eine Europäische Versammlung einberufen werden, die aus Abgeordneten dieser Staaten im Europäischen Parlament und aus zusätzlichen Delegierten der nationalen Parlamente besteht.

Diese Versammlung sollte das Recht haben, eine Körperschaftssteuer, eine Steuer auf hohe Einkommen, eine Steuer auf große Vermögen, eine gemeinsame CO₂-Steuer sowie weitere Umweltsteuern zu beschließen. Damit sollen Sozialmaßnahmen in den Staaten, aber auch die Energiewende, Forschung und Bildung sowie ein Programm für die Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen, finanziert werden. Als Anreiz wird weiterhin vorgeschlagen, dass die Staaten, die bei diesem sozialföderalistischen Projekt mitmachen, das Recht bekommen, ihre Schulden zu einheitlichen gemeinsamen Zinssätzen zu finanzieren – die anderen bleiben dabei außen vor.

Nur durch eine solche sozialföderative Agenda können die linken Parteien den sozialnativistischen Parteien etwas entgegensetzen und die Unterschichten zurückgewinnen. Daher lehnt Piketty auch Strategien wie die von LFI in Frankreich und von Podemos in Spanien ab, die mit einem Austritt aus der EU drohen. Denn sie bleiben die Antwort schuldig, welches neue politische System sie in Europa auf den Weg bringen wollen.

Herstellung von Bildungsgerechtigkeit

Die Bildungsausgaben pro Person liegen in Frankreich je nach Schule, Hochschule und Schulabschluss zwischen 60.000 Euro und 250.000 Euro. Ziel sollte es sein, dass für alle Kinder und Jugendlichen die gleiche Summe für die Ausbildung investiert wird. Vor allem sollten daher die Mittel für die Kindertagesstätten und die Grundschulen deutlich angehoben werden, da hier die entscheidenden Grundlagen für den Schulerfolg gelegt werden. Schulen in sozial benachteiligten Umgebungen sollten zusätzliche Mittel bekommen. Jugendliche, die früher von der Schule abgehen, können die ihnen zustehenden Mittel auch später nutzen.

Außerdem fordert Piketty ein Quotensystem, das bei der Zuweisung an die Hochschulen die soziale Herkunft der Schüler*innen berücksichtigt. Solche Verfahren sind in Indien und den USA durchaus üblich und gesetzlich geregelt. Weiterhin schlägt er vor, den Stiftungsfonds von sehr reichen Bildungseinrichtungen progressiv zu besteuern, um die Mittel an andere Bildungseinrichtungen umzuverteilen. Die Privatfinanzierung von zusätzlichen Kursen und Maßnahmen, mit denen reiche Eltern eine zusätzliche Förderung von Kindern finanzieren können, soll eingeschränkt werden.

Finanzierung des politischen Lebens

Jede Bürger*in soll einen Gutschein mit demselben Betrag bekommen (z. B. 5 Euro jährlich), den er einer Partei oder politischen Bewegung seiner Wahl spenden kann. Spenden an Parteien und politische Organisationen durch Unternehmen sollen verboten werden, private Spenden sollen auf 200 Euro gedeckelt werden. Deutschland wird übrigens in dieser Hinsicht als Vorbild gelobt, wenn auch noch viel zu verbessern ist. Insbesondere die Subventionierung von Parteispenden durch Steuervergütungen sollte abgeschafft werden.

Des Weiteren soll die direkte Demokratie und ergänzend die deliberative Demokratie durch geloste Bürgerräte gefördert werden.

Zugleich fordert Piketty ein öffentliches System der Medienfinanzierung, um die Abhängigkeit der Medien von privaten Besitzern und Geldgebern zu beseitigen.

Internationale Ordnung

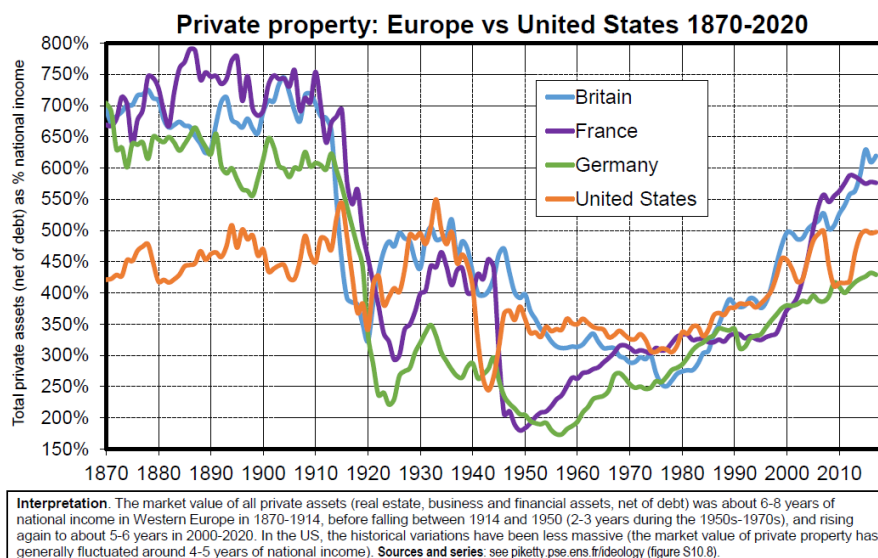
Es ist ein Widerspruch, den Kapitalverkehr und Warenverkehr über alle Grenzen zu liberalisieren, aber die Beschlüsse über die Freizügigkeit von Personen, über das Sozialsystem, über Klimaschutz und Umweltschutz, über die Steuern und gegenseitige Informationen über Einkommen und andere Wirtschaftsdaten und über das Rechtssystem zur Privatsache der Nationalstaaten zu erklären.

Daher sollten internationale Verträge und bilaterale Verträge alle diese Fragen berücksichtigen und im gegenseitigen Interesse regeln. Insbesondere sollte jedes Land das Recht haben einen Anteil an der globalen Körperschaftsteuer einer Firma entsprechend dem Umsatz im Land zu erheben. Ebenso sollte die CO₂-Steuer international geregelt werden. Staaten und Konzerne, die nicht kooperieren, sollten dann auch nicht mehr am freien Handel teilnehmen können.

Weitere wichtige bzw. interessante Folien

Im Folgenden werden einige weitere interessante Folien zu Themen dargestellt, die ich im Exzerpt ausgelassen habe:

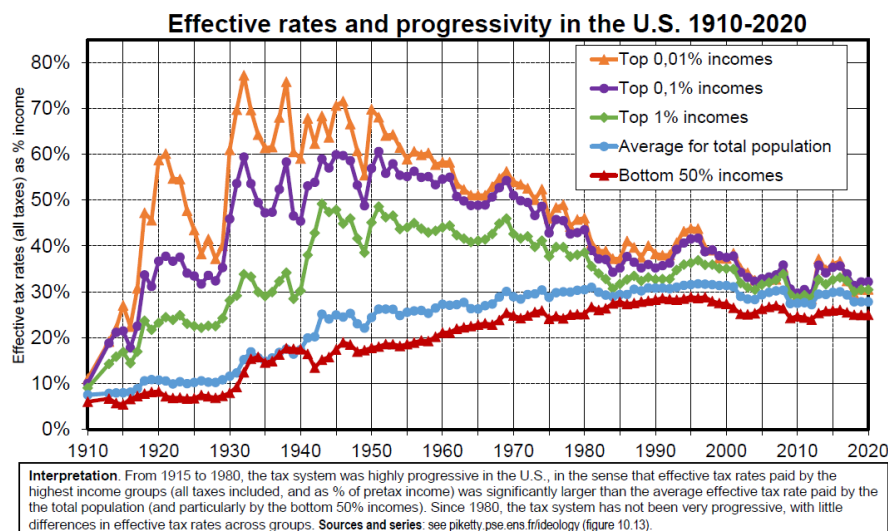
Vermögensbewertung im Verhältnis zum Nationaleinkommen



Bei der relativen Bewertung der Vermögen liegt erstaunlicherweise Großbritannien vor Frankreich und den USA an der Spitze. Im Fall der USA drücken die hohen Außenhandelsdefizite den Wert des nationalen Vermögens – trotz dem enormen Wachstum der Internetfirmen. Die geringere Bewertung der deutschen Vermögen wird vermutlich durch die starke Arbeitnehmermitbestimmung verursacht.

Progressive Besteuerung in den USA

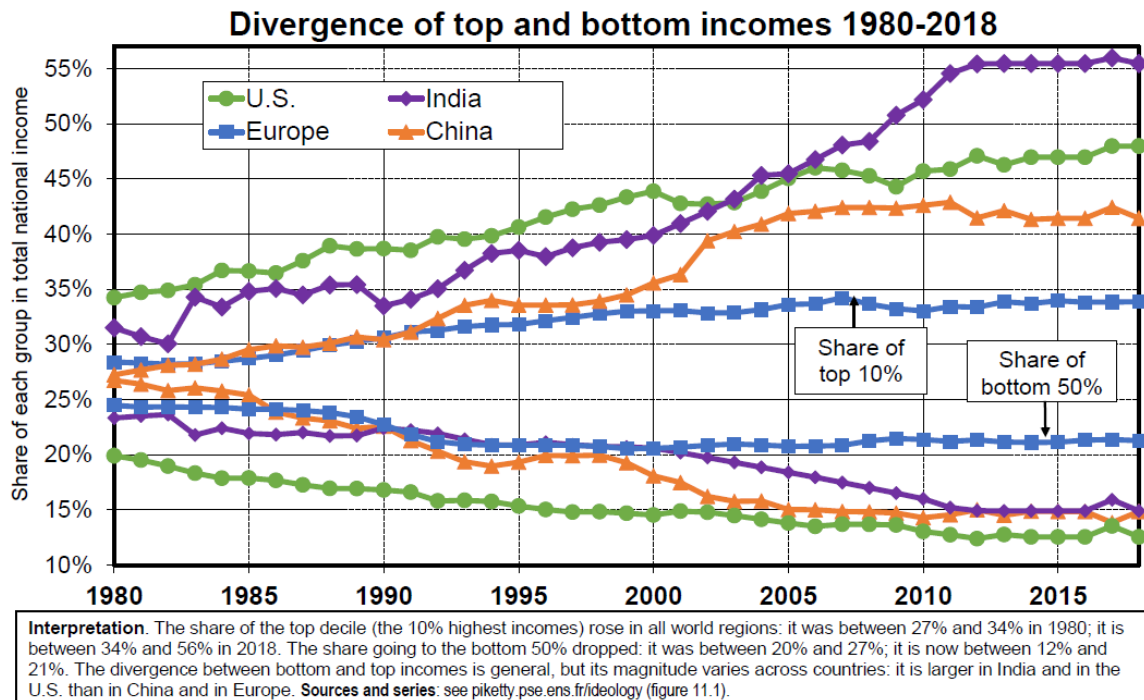
Im 20. Jahrhundert war die USA Vorreiter bei der effektiven Gesamtbesteuerung der Einkommen (einschließlich der Abgaben, Verbrauchssteuern, Vermögenssteuern usw.). Diese



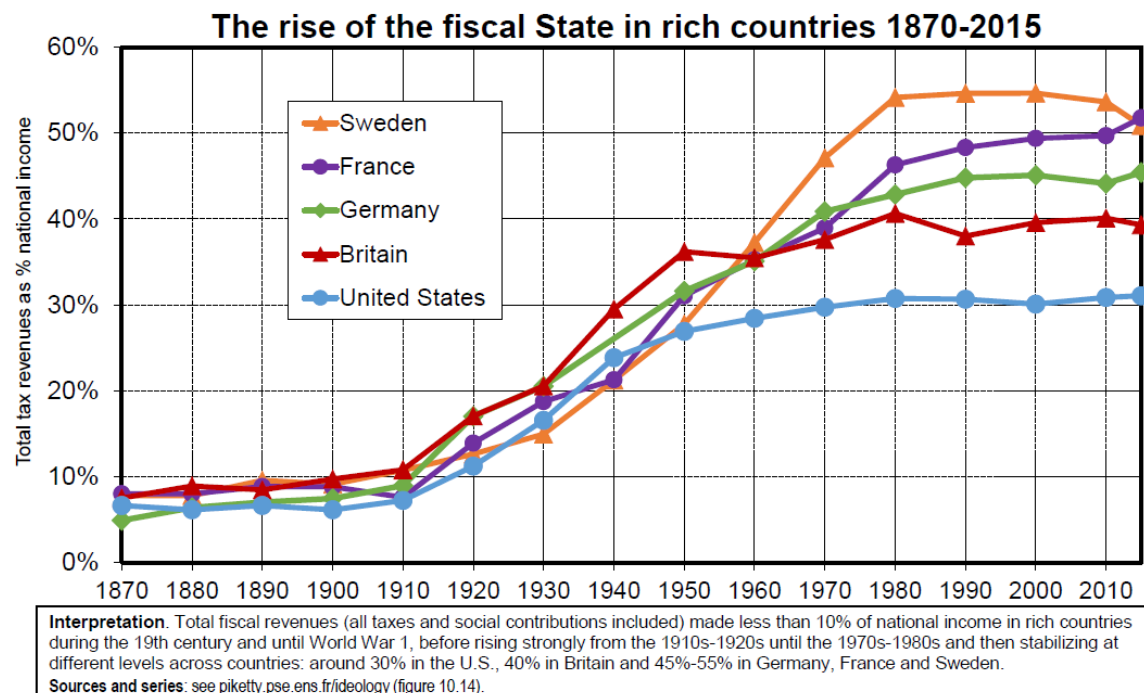
Progressivität ist mit der Entstehung des Sozialstaates und der Senkung der Spitzensteuersätze nahezu vollständig verschwunden.

Anteil der Einkommen der 10% Reichsten und der 50% Ärmsten im Vergleich

In Europa ist die Ungleichheit noch am geringsten, in Indien am höchsten.

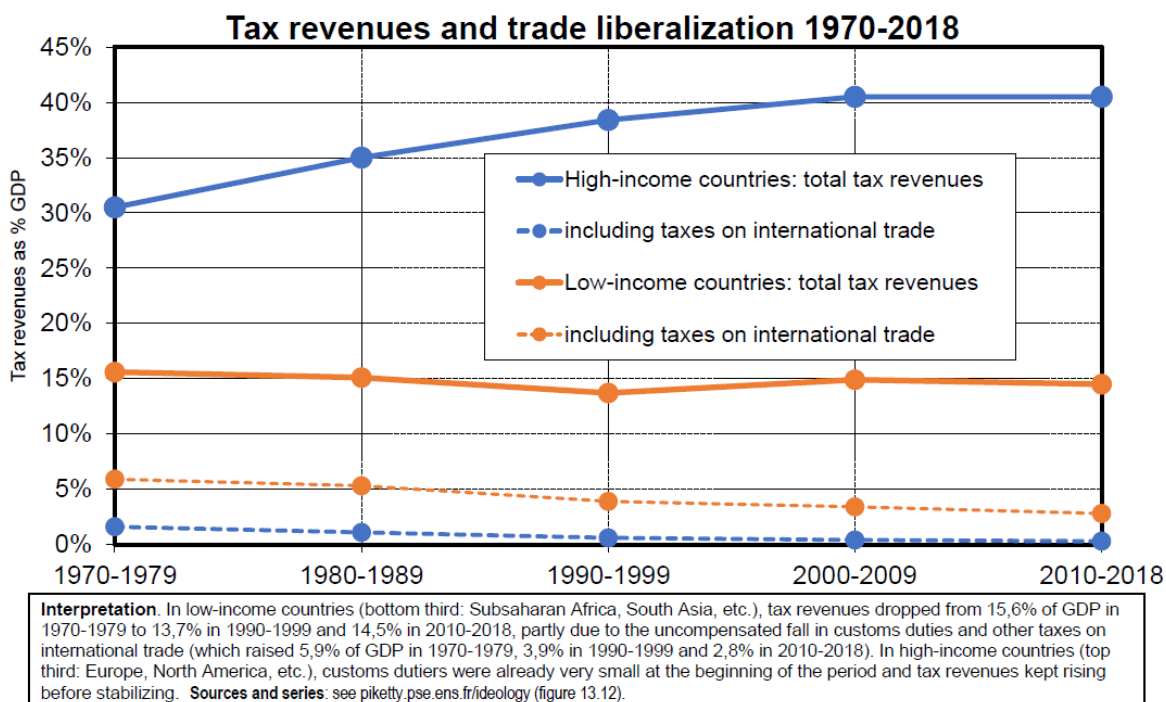


Der Anteil der Steuerquote (mit Sozialversicherungsbeiträgen) im Vergleich



Auswirkung des Freihandels auf die Einkommen der reichen und armen Staaten

Der Freihandel reduziert die Steuer- und Zolleinnahmen. Dies spielt für die reichen Ländern keine Rolle, hat aber für die Einnahmen der armen Staaten erheblich Verluste zur Folge.



Überall werden die linken Parteien zu Akademikerparteien

Trotz der unterschiedlichen politischen Entwicklungen ist die Tendenz überall die gleiche. Die Bildungseliten wählen immer mehr, die Bildungsfernen Schichten immer weniger links.

